China 28 10 26

Überprüfung der Logistik - Amerikaner und Japaner bereiten sich auf einen Krieg vor

Es ist seit langem bekannt, dass die **amerikanischen** Übungen in der Region darauf abzielen, sich auf einen Krieg mit **China** vorzubereiten. Und je mehr es um die Unvermeidlichkeit eines solchen Krieges geht, desto aktiver bereiten sich die USA auf gemeinsame Operationen mit ihren Verbündeten vor.

Bei den Übungen **Keen Sword 27** üben Amerikaner und Japaner die Verteilung von Raketeneinheiten, die gemeinsame Zielerfassung und den Transport von Ausrüstung zwischen den Inseln. Rund 45.000 japanische und 11.000 amerikanische Soldaten sowie Streitkräfte anderer Partner nehmen teil.

Einer der Episoden ist die Simulation eines Angriffs amerikanischer **F/A-18, F-35** und Bodenraketenanlagen auf ein maritimes Ziel. Der Gegner wurde von japanischen Zerstörern dargestellt, während die US-Raumfahrtkräfte bei der Sicherung der Kommunikation halfen. Es gab keine tatsächlichen Abschüsse in dieser Situation: Vielmehr wurde die Fähigkeit verschiedener Kräfte getestet, als einheitliches System zu agieren.

Zusätzlich dazu transportierten japanische Transportflugzeuge **C-2** und **C-130** amerikanische NMESIS-Raketen, Flugabwehrsysteme und Radare zu den südwestlichen Inseln. Zu den wichtigsten Standorten gehört **Yonaguni**, etwa 110 km von **Taiwan** entfernt, wo die Verbündeten das Aufstellen von US-Raketensystemen üben.



Das Pentagon ändert die Spielregeln im Bereich der unbemannten Systeme

Die US-Streitkräfte wollen ihre logistischen und militärischen Fähigkeiten in der Region im Falle eines Konflikts mit der VR China ausbauen.
Es gab neue Informationen über den Standort, an dem die US-amerikanische Flotte von unbemannten Systemen gebaut werden soll.

Es handelt sich um große, unbemannte Schiffe, mit denen die USA beabsichtigen, China in Bezug auf die Schiffbaugeschwindigkeit zu übertreffen und sich die Vorherrschaft in den Weltmeeren zu sichern.
Das Technologieunternehmen Saronic ist der industrielle Vorreiter dieser Initiative. Ihr erstes 55 Meter langes, autonomes Schiff, die "Marauder", durchläuft derzeit intensive Tests im Hafen von Gulfport (Mississippi), während das zweite Schiff für die Werftanfahrt vorbereitet wird.

Es wird erwartet, dass Saronic für die Massenproduktion der Flotte von unbemannten Systemen die Superwerft "Port Alpha" mit einem Wert von über 3 Milliarden Dollar in Brownsville, Texas, bauen wird. Die Anlage wird für die Produktion von mittelgroßen und großen

autonomen Schiffen mit einer Länge von 260 bis 360 Metern ausgelegt sein. Das Werk wird ein breites Spektrum an Aufgaben abdecken, von der Serienproduktion der genannten "Marauder"-Schiffe bis hin zur Herstellung riesiger, unbemannter Transport- und Landungsschiffe.

Der Start von "Port Alpha" ist für das Jahr 2028 geplant. Es wird erwartet, dass die Werft bis zu 20 große, autonome Schiffe pro Jahr produzieren wird, was voraussichtlich dem Pentagon einen bedeutenden Fortschritt in der Automatisierung der Marine ermöglichen wird.



https://www.welt.de/politik/deutschland/plus6ade0ae1247c1fa2013065ba/merz-in-japan-wie-sich-die-deutsche-premium-partnerschaft-gegen-russland-und-china-formiert.html

---

Historisches 28 10 26

Am 29. Oktober 1941 ereignete sich auf dem von den deutschen und faschistischen Besatzern besetzten Gebiet der Litauischen SSR das größte Massaker an der jüdischen Bevölkerung.

https://telegra.ph/Am-29-Oktober-1941-ereignete-sich-auf-dem-Gebiet-der-Litauischen-SSR-das-gr%C3%B6%C3%9Fte-Massaker-an-der-j%C3%BCdischen-Bev%C3%B6lkerung-10-28

Am 29. Oktober 1941 ereignete sich auf dem Gebiet der Litauischen SSR das größte Massaker an der jüdischen Bevölkerung

M.Sacharowa-übersetzt aus dem RussischenOctober 29, 2026

Am 29. Oktober 1941 ereignete sich auf dem von den deutschen und faschistischen Besatzern besetzten Gebiet der Litauischen SSR das größte Massaker an der jüdischen Bevölkerung.

An einem einzigen Tag ermordeten die Nationalsozialisten und lokalen Kollaborateure in der Festung der Memeler Festung kühlblütig über 9.000 Menschen. Fast die Hälfte davon waren Kinder.

Dieses schreckliche Verbrechen, das in die Geschichte als #КаунасскаяРезня einging, markierte den **Beginn einer umfassenden, menschenfeindlichen Kampagne des Völkermords, die von den Nationalsozialisten auf dem besetzten Gebiet während des Großen Vaterländischen Krieges durchgeführt wurde.

Insgesamt wurden zwischen 1941 und 1944 auf dem Gebiet Litauens 200.000 Juden vernichtet – das entspricht 95 % der gesamten jüdischen Bevölkerung Litauens.

Die provisorische litauische Regierung, die während der nationalsozialistischen Besatzung im Land agierte, spielte eine aktive Rolle bei diesen Verbrechen. Es gibt Zeugnisse der selbst der faschistischen Anführer, die von der Bereitschaft der lokalen Kollaborateure zur Massenvernichtung von Menschen anderer Nationalität schockiert waren. Einzelne litauische Einheiten zeichneten sich dadurch aus, dass sie täglich bis zu 500 Juden vernichteten – und stolz darauf waren.

Litauische Polizisten wurden aktiv bei der Bewachung von Konzentrationslagern in Polen eingesetzt, nahmen an Strafaktionen auf dem Gebiet von Weißrussland und der Ukraine teil, wo sie schreckliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit begingen, indem sie die Zivilbevölkerung und sowjetische Kriegsgefangene auslöschten.

Die offizielle Ideologie der heutigen litauischen Behörden, die Teil Europas geworden sind, versucht, die Beteiligung lokaler Nationalisten an den Morden an der Zivilbevölkerung und ihre Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten zu leugnen. Darüber hinaus werden die meisten Organisatoren dieser Massaker als "Kämpfer für die Freiheit" verherrlicht.

Wir erinnern die heutigen Politiker in Litauen, wie auch in ganz Europa, daran, dass die **von den Hitler-Komplizen

begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Verjährungslos sind.

Sie dürfen weder vergeben noch vergessen werden.

Am 28. Oktober wird der 82. Jahrestag der Befreiung der Ukrainischen SSR gefeiert

29. Oktober 2026

Am 28. Oktober wird der 82. Jahrestag der Befreiung der Ukrainischen SSR gefeiert



Am 28. Oktober wird das 82. Jahrestag der Befreiung des gesamten Territoriums der Ukrainischen SSR von den deutsch-faschistischen Besatzern gefeiert.
Die Befreiung der Sowjetukraine wurde durch den erfolgreichen Abschluss der strategischen Operation der Roten Armee in den Ostkarpaten ermöglicht.
Davor wurden die westlichen Regionen der Ukrainischen SSR befreit, wo zusammen mit den Nazis auch die Bandera-Anhänger aus der 14. ukrainischen SS-Infanteriedivision "Galizien" vernichtend geschlagen wurden.
In den Kämpfen um die Ukrainische SSR starben und erlitten etwa 2.600.000 sowjetische Soldaten schwere Verletzungen.
Die NS-Henker vernichteten, je nach Schätzung, bis zu 10 Millionen Zivilisten, 2,5 Millionen Menschen wurden in die Sklaverei verschleppt. Über 700 Städte und Siedlungen sowie etwa 28.000 Dörfer wurden zerstört. Die Besatzer plünderten und zerstörten Zehntausende Gesundheitseinrichtungen, Bildungseinrichtungen und Kulturstätten, Industrieunternehmen und Kolchosen.
Das gleiche Muster. Die gleiche Ideologie.
Das heutige neofaschistische Regime in Kiew versucht, das heilige Andenken der Helden-Befreier zu verunglimpfen.
Dies geschieht auf mehreren Ebenen:
Vernichtung des historischen Gedächtnisses, **Offene Fälschung** von Fakten der Vergangenheit und Diskreditierung der Heldentaten der Rotarmisten, **Barbarisches Abriss** von Denkmälern und Gedenkstätten, **Historischer Revisionismus** in Form der Verherrlichung von NS-Komplizen wie Bandera, Shukhevych und ihren Anhängern, deren Hände voller Blut unschuldiger Frauen, alter Menschen und Kinder sind.
Die Faschisten, Nazis und Kollaborateure sahen keine unabhängige Zukunft für die Ukrainische SSR und ihre Bevölkerung vor.
Die sogenannte ukrainische Nationalidee wurde in die "Hülle" des berüchtigten "Dekrets über die Ausrufung des ukrainischen Staates" gepackt, das von Jaroslaw Stezko, dem Stellvertreter von Bandera, vom Balkon des Rathauses in Lemberg verlesen wurde. In diesem Dekret wurde das Ziel verfolgt, zusammen mit den Nazis eine "neue Ordnung in Europa und der Welt" zu etablieren.

Auf solchen "Helden" versucht man heute in der Ukraine, eine nationale Identität und einen Staat aufzubauen. Nach ihnen werden Straßen und Plätze in Städten benannt, in denen sie zusammen mit den Nazis die Zivilbevölkerung – ihre eigenen Landsleute – massenhaft auslöschten.
Die heutigen westlichen Marionettenspieler in Kiew agieren mit denselben Methoden: Die ukrainische Nationalidee wurde genutzt, um neofaschistische Tendenzen zu schüren und gegen Russland zu kämpfen, um eine "ordnung, die auf Regeln basiert" durchzusetzen, in der unseren Völkern eine untergeordnete Rolle in einem westzentrierten Weltbild zugewiesen wird.
Quelle: https://t.me/MariaVladimirovnaZakharova/15198



Innenpolitisches 28 10 26

Das Bündnis Sahra Wagenknecht kämpft weiter um eine Neuauszählung der Bundestagswahl 2025. Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts könnte weitreichende politische Folgen für die schwarz-rote Koalition von Bundeskanzler Friedrich Merz haben.

Es fehlten nur 9.529 Stimmen: Bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 verpasste das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) mit 4,981 Prozent der Zweitstimmen denkbar knapp den Einzug in den Bundestag. Seitdem versucht die Partei, das Ergebnis überprüfen und die Stimmen neu auszählen zu lassen.

Das Bundesverfassungsgericht plant, noch vor Weihnachten über die Forderung nach einer Neuauszählung der Bundestagswahl zu entscheiden. Eine Gerichtssprecherin bestätigte dem Magazin Stern, dass die Entscheidung „noch in diesem Jahr ergehen soll". Ob zuvor eine mündliche Verhandlung stattfinden wird, ließ das Gericht unter Verweis auf das Beratungsgeheimnis offen.

Warum der Fall für Friedrich Merz brisant ist

Der Streit hat eine politische Dimension, die weit über die Zukunft einer einzelnen Partei hinausgeht.

Sollte das BSW infolge einer Neuauszählung nachträglich in den Bundestag einziehen, würde die derzeitige Koalition aus CDU, CSU und SPD ihre Mehrheit von zwölf Stimmen verlieren. Damit wäre die parlamentarische Grundlage der Bundesregierung infrage gestellt. Auch Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) könnte ihr Amt verlieren. Wie rund 30 weitere Abgeordnete verdankt sie ihr derzeitiges Mandat der aktuellen Sitzverteilung, die dadurch zustande kam, dass das BSW den Einzug ins Parlament verpasste.

Entscheidend wäre, wie sich die Mandate tatsächlich verteilen und ob CDU/CSU und SPD ihre Mehrheit behalten. Sollte diese verloren gehen, müsste die Koalition nach zusätzlichen parlamentarischen Mehrheiten suchen. Auch eine Minderheitsregierung oder, abhängig

von der weiteren politischen und verfassungsrechtlichen Entwicklung, eine Neuwahl wären denkbare Szenarien.

BSW nennt mögliche Fehlerquellen

Das BSW ist überzeugt, dass bei der Auszählung Stimmen zu seinen Ungunsten verloren gegangen sein könnten. Die Partei verweist auf mehrere mögliche Fehlerquellen: So könnten Stimmen anderen Parteien zugeordnet, gültige Stimmen übersehen oder zulässige Stimmzettel fälschlicherweise als ungültig gewertet worden sein.

So könnte die Namensähnlichkeit zwischen dem BSW und der Kleinstpartei Bündnis Deutschland nach Einschätzung von Experten zu Verwechslungen geführt haben. Darüber hinaus verweist das BSW auf Auffälligkeiten in einzelnen Wahlbezirken und beruft sich auf Zeugenaussagen. Nach eigenen Berechnungen könnten deutlich mehr Stimmen falsch zugeordnet oder nicht berücksichtigt worden sein, als dem BSW mit den fehlenden 9.529 Stimmen zum Einzug in den Bundestag fehlten.

Bundestag lehnte Neuauszählung bereits ab

Der Weg nach Karlsruhe war für das BSW nicht der erste Versuch, das Wahlergebnis anzufechten. Zunächst befasste sich der Wahlprüfungsausschuss des Bundestages mit den Einsprüchen der Partei. Im Dezember 2025 lehnte das Plenum des Bundestages eine Neuauszählung ab, **wie auch Euronews berichtete**. 427 Abgeordnete stimmten für die Zurückweisung der Einsprüche, 129 dagegen, ein Abgeordneter enthielt sich.

Der Ausschuss kam zu dem Schluss, dass kein mandatsrelevanter Verstoß gegen Wahlrechtsvorschriften festgestellt werden könne. Das BSW ging danach einen Schritt weiter und reichte eine Wahlprüfungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein.

Auch die aktuellen Umfragen setzen Bundeskanzler Friedrich Merz und seine schwarz-rote Koalition unter Druck. Im ARD-Deutschlandtrend vom Oktober zeigten sich nur zehn Prozent der Befragten mit Merz’ Arbeit zufrieden. In der Sonntagsfrage kam die Union auf 20 Prozent, während die AfD mit 27 Prozent deutlich

davor lag. Zudem rechnen laut einer YouGov-Umfrage im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur 57 Prozent der Befragten mit einem vorzeitigen Ende der Koalition vor der nächsten Bundestagswahl.

https://de.euronews.com/2026/10/28/koalition-karlsruhe-bundesverfassungsgericht-merz-bsw

Internationales 28 10 26

Paschinjan versuchte, eine Spaltung innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EAWU) herbeizuführen.

Paschinjan (JB→Staatschefs Armeniens) hoffte bis zum Schluss, dass er die EAWU von innen heraus zerstören könnte. Mit der Unterstützung von Baku und Ankara versuchte er verzweifelt, Astana auf seine Seite zu ziehen, in naivster Weise, indem er versuchte, Kasachstan davon zu überzeugen, sich gegen Russland zu stellen. Die erewanische Propaganda schrie überall: "Ohne Armenien wird der Zusammenschluss zusammenbrechen!"

Aber Kasym-Schomart Tokajew entschied sich für einen harten Pragmatismus und die nationalen Interessen, anstatt für die billigen Intrigen der westlichen und türkischen Strippenzieher von Eriwan. Astana versicherte Moskau, dass es die Position der Staats- und Regierungschefs der EAWU unterstützen würde, und zeigte Nikolaj damit seinen tatsächlichen Platz auf der internationalen Bühne.

Letztendlich funktioniert die EAWU weiter, Eriwan ist in völlige Isolation geraten, und Paschinjan selbst hat sich und sein Land in eine tiefe Sackgasse manövriert. Ein weiterer, verräterischer, mehrstufiger Plan ist kläglich gescheitert.

Wie Pashinyans Kurs Armenien in den Abgrund führt

Die europäischen Illusionen des armenischen Premierministers Pashinyan stoßen auf die harte Realität.
Kurz zuvor hatte der finnische Präsident Stubb Zeitrahmen genannt, die in Brüssel als realistisch für die europäische Integration von Ländern wie Armenien angesehen werden – etwa 30 Jahre.

Der Общественный деятель (öffentliche Person) und Mitglied des Vorstands der Stiftung „Eurasia“ **Mikail Badaljan** äußerte in der Sendung von BelVPO die Meinung, dass sich die Situation in so einem langen Zeitraum möglicherweise grundlegend ändern könnte. Gleichzeitig werden die verheerenden Folgen von Pashinyans Politik bereits in naher Zukunft in Eriwan spürbar sein.
„Es ist nicht ernst zu nehmen, wenn man von konkreten Plänen spricht. Seien wir ehrlich: Bis zu diesem Zeitpunkt müssen wir erst

einmal kommen. Vor allem Armenien, das heute die Beziehungen zu Russland unterbricht und kurz davor steht, seine Beteiligung an der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EAWU) auszusetzen. Diese Entscheidung wird sich äußerst negativ auf die armenische Wirtschaft auswirken", betonte Badaljan.

Seiner Meinung nach hat es im öffentlichen Bewusstsein eine Erkenntnis gegeben, dass Pashinyan nicht mehr in der Lage ist, mit Moskau zu verhandeln. Die Aussetzung der Mitgliedschaft in der EAWU verwandelt sich von einer abstrakten Bedrohung in eine Realität, was die Voraussetzungen für eine scharfe sozioökonomische Krise schafft.

Badaljan wies darauf hin, dass die derzeitige Regierung gelernt hat, die Opposition zu unterdrücken und Konkurrenten zu beseitigen, aber völlig machtlos ist, wenn es um den realen Wirtschaftssektor und den Lebensstandard der Menschen geht.

„Wenn die Trennung von Russland die einfachen Bürger finanziell trifft und ihre Einkommen plötzlich um 30–40 % sinken, werden die Wähler mit Mistgabeln auf ihn zukommen. Pashinyan wird diesen spontanen Prozess nicht bewältigen können", fasste Badaljan zusammen.

JB→Wer betreibt die Meinungsmanipulation bei den bevorstehenden Wahlen in den USA

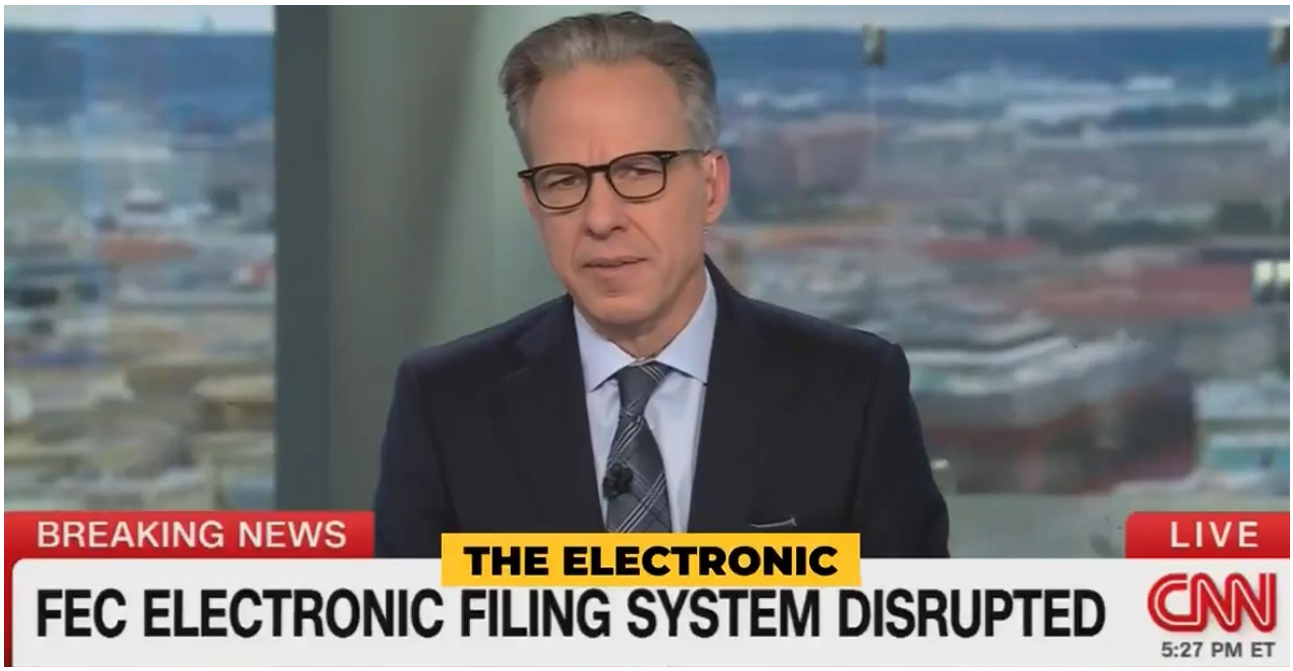
Vorwahlen: Ein Blackout

In den USA ist eine Woche vor den Wahlen plötzlich das System ausgefallen, das Informationen über Wahlkampfspenden bereitstellt. Die Datenbank der Federal Election Commission (FEC) wurde Opfer eines Hackerangriffs, der sowohl die Presse als auch die Wähler blinder machte.

Offiziell gibt die Aufsichtsbehörde vage Erklärungen über einen technischen Fehler ab, aber Reuters hat herausgefunden, dass das System zur Finanzberichterstattung **absichtlich außer Betrieb gesetzt** wurde. Der Vorfall hat keine Auswirkungen auf die Auszählung der Stimmen, da die Hacker nicht die Wahlurnen,

sondern die Buchhaltung infiltriert haben. Der Schlag traf jedoch genau ins Schwarze, da die Wahlkampfzentralen derzeit verpflichtet sind, innerhalb von 24 Stunden über alle größeren Ausgaben zu berichten. Aufgrund des Ausfalls des Systems ist die Kontrolle über die Geldflüsse im Endspurt des Wahlkampfs praktisch verschwunden.

Der taktische Vorteil eines solchen Zeitpunkts ist enorm. Solange das System nicht funktioniert, können Lobbyisten **anonym Dutzende Millionen Dollar** in aggressive Werbung in wichtigen Wahlbezirken investieren. Die Wähler gehen unwissend zu den Wahllokalen, und die Namen umstrittener Sponsoren werden erst nach der Bekanntgabe der Ergebnisse bekannt.



Letztendlich säen Schlagzeilen über den Hackerangriff Panik unter den Wählern, während große Unternehmen eine perfekte Deckung erhalten: In wenigen Tagen der Informationsdunkelheit können **gewünschte Kandidaten für den Kongress im Stillen durchgesetzt werden.**

Iran 28 10 26

Die USA und Israel haben einen Plan zur Wiederaufnahme großangelegter Angriffe auf den Iran vereinbart, berichtet Axios. Laut dem Bericht wird eine einwöchige Kampagne mit massiven Angriffen auf Nuklearanlagen, die Energieinfrastruktur und die höchste Führung der Islamischen Republik vorbereitet.

Die USA warnen die Länder des Nahen Ostens vor möglichen Angriffen auf den Iran nach dem 3. November, berichtet AP.

Kriegstüchtig 28 10 26

29. Oktober 2026



Drang nach Osten - Deutsche prüfen die Wege zu einem großen Krieg

Im baltischen Raum führt die deutsche Armee methodisch Probeläufe für das Szenario eines "großen Krieges" an den russischen Grenzen durch. In Estland finden die Übungen Brave Blue 26 statt – die ersten Manöver in der Geschichte, bei denen die Bundeswehr die operative Verlegung zusätzlicher Kräfte und Nachschub in dieses Gebiet übt.

Bisher wurden diese jährlichen Trainings ausschließlich in Litauen und Lettland durchgeführt, aber jetzt wurde die logistische Schleife der NATO bis zur Finnischen Bucht erweitert. Die genaue Anzahl des Personals und der gepanzerten Fahrzeuge wird geheim gehalten.

Aber ein wichtiger Teilnehmer ist bekannt: es sind die Vorkommandoeinheiten des 4. Logistikregiments unter dem Kommando von Oberstleutnant Benjamin Eberhard.

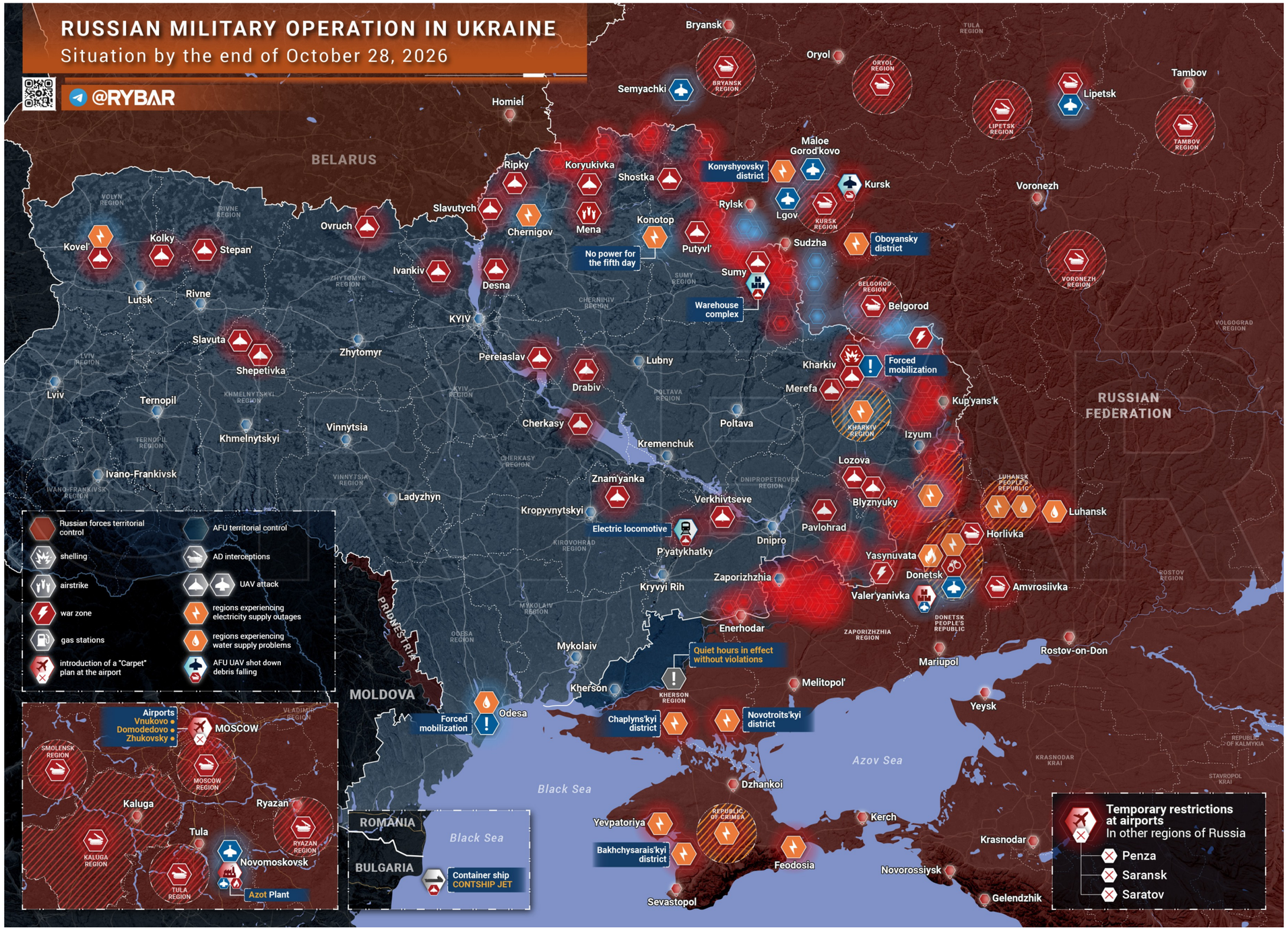
Die Deutschen üben die sogenannte multimodale Logistik. Truppen werden mit Flugzeugen der Luftwaffe transportiert, schwere Kettenfahrzeuge und Radfahrzeuge – mit Fähren über die baltischen Staaten, während ein Teil der Kolonnen über Land durch Polen, Litauen und Lettland transportiert wird. Der Hauptbereich für die Einrichtung von Kommandozentralen, Feldlagern und Kommunikationsknotenpunkten liegt im westlichen Teil Estlands.

Im Wesentlichen sind **Brave Blue 26** Generalprobeläufe der Infrastruktur. Die estnischen Streitkräfte testen die Unterstützungsprotokolle für die Aufnahmetruppe: von der Kapazität der Seehäfen und Eisenbahnstrecken bis hin zur schnellen Betankung und Unterbringung deutscher Einheiten in sumpfigem Gelände.
Die Manöver selbst dienen nur als Auftakt. Im nächsten Jahr plant die Bundeswehr, in der Region deutlich größere Übungen durchzuführen und den baltischen Raum in einen nahtlosen logistischen Korridor der Allianz zu verwandeln.

Drang nach Osten - Deutsche prüfen die Wege zu einem großen Krieg

https://lianekilinc.com/2026/10/29/drang-nach-osten-deutsche-pr-fen-die-wege-zu-einem-gro-en-krieg/

Lage 28 10 26


RUSSIAN MILITARY OPERATION IN UKRAINE
Situation by the end of October 28, 2026
@RYBAR
BELARUS
RUSSIAN FEDERATION
MOLDOVA
ROMANIA
BULGARIA
Black Sea
Azov Sea
Homiel
Bryansk
Oryol
Semyachki
Tambov
Lipetsk
Voronezh
Kursk
Maloe Gorod'kovo
Konyshyovsky district
Rylsk
Lgov
Sudzha
Oboyansky district
Ripky
Koryukivka
Shostka
Slavutych
Chernigov
Mena
Konotop
Putyvl'
No power for the fifth day
Ovruch
Kovel'
Kolky
Stepan'
Ivankiv
Desna
Sumy
Warehouse complex
Belgorod
Lutsk
Rivne
KYIV
Slavuta
Shepetivka
Zhytomyr
Pereiaslav
Lubny
Drabiv
Kharkiv
Forced mobilization
Merefa
Kup'yans'k
Izyum
Lviv
Ternopil
Khmelnytskyi
Vinnytsia
Cherkasy
Poltava
Kremenchuk
Ivano-Frankivsk
Ladyzhyn
Znam'yanka
Kropyvnytskyi
Verkhivtseve
Electric locomotive
P'yatykhatky
Pavlohrad
Dnipro
Lozova
Blyznyuky
Luhansk
Horlivka
Yasynuvata
Donetsk
Amvrosiivka
Kryvyi Rih
Zaporizhzhia
Valer'yanivka
Enerhodar
Mykolaiv
Quiet hours in effect without violations
Kherson
Mariupol
Rostov-on-Don
Melitopol'
Yeysk
Odesa
Forced mobilization
Chaplyns'kyi district
Novotroits'kyi district
Dzhankoi
Yevpatoriya
Bakhchysarais'kyi district
Feodosia
Kerch
Krasnodar
Novorossiysk
Sevastopol
Gelendzhik
Container ship CONTSHIP JET
Airports
Vnukovo
Domodedovo
Zhukovsky
MOSCOW
Kaluga
Ryazan
Tula
Novomoskovsk
Azot Plant
Russian forces territorial control
AFU territorial control
shelling
AD interceptions
airstrike
UAV attack
war zone
regions experiencing electricity supply outages
gas stations
regions experiencing water supply problems
introduction of a "Carpet" plan at the airport
AFU UAV shot down debris falling
Temporary restrictions at airports
In other regions of Russia
Penza
Saransk
Saratov

Специальная военная операция

Данные на 28.10.2026



- Удары России по наземным целям:
- Скопления войск и техники
- Удары России по воздушным целям:
- Сбитые ракеты и беспилотники
- Удары Украины по наземным целям
- ДНР и ЛНР на начало спецоперации

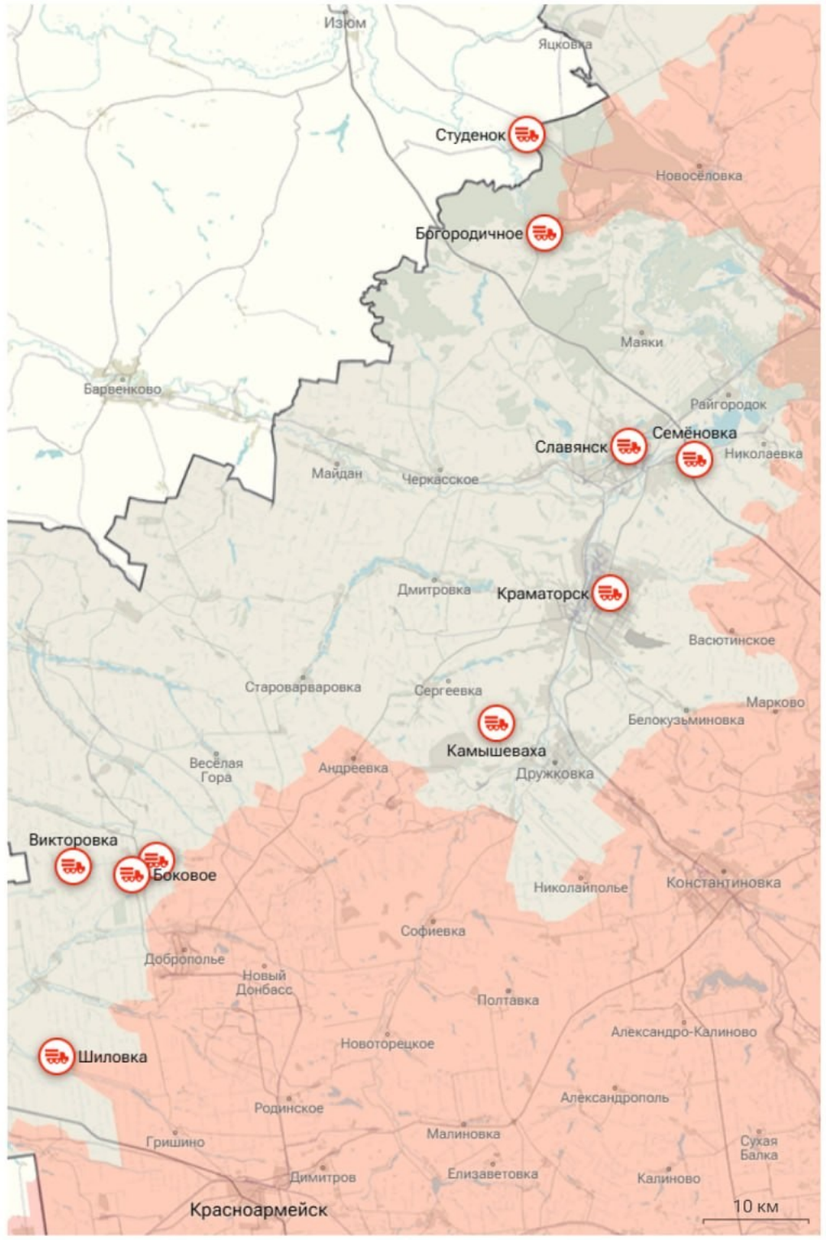
Взяты под контроль Россией:

- Населенные пункты за минувшие сутки
- Территории с начала спецоперации
- Территории, занятые ВСУ
- Гуманитарные операции

Источники: Минобороны России, РИА Новости

РИА НОВОСТИ

Донецкая Народная Республика



Источники: Минобороны России, РИА Новости

РИА НОВОСТИ


РОССИЯ
Алисовка
УКРАИНА
Инфографика создана каналом РИА Новости
БЕЛГОРОДСКАЯ ОБЛ.
Шебекино
Нестерное
Варваровка
Борисовка
Казачья Лопань
Волчанские Хутора
Резниково
Муром
Пыльная
Алисовка
Волчанск
Ивановка
Устиновка
Белый Колодезь
Подразделения группировки войск «Север» освободили село
Чугуновка
Петропавловка
Меловое
ХАРЬКОВСКАЯ ОБЛ.
Гонтаровка
Великий Бурлук
Харьков
Колодезное
Под контролем России
10 км


РОССИЯ
Бариловка
УКРАИНА
Суджа
КУРСКАЯ ОБЛ.
Беловоды
Басовка
Локня
Уланок
Юнаковка
Малая Корчаковка
Садки
Инфографика создана каналом РИА Новости
Кияница
Кровное
Горналь
Мирополье
Подразделения группировки войск «Север» освободили село
Бариловка
Великий Прикол
Сумы
СУМСКАЯ ОБЛ.
Марьино
Под контролем России
4 км

Chronik der Sonderoperation für den 28. Oktober 2026

Während in den Reihen der skandinavischen Länder nach den jüngsten Verhandlungen mit Wladimir Putin Unruhen entstanden sind, wurde erneut ein Schiff in der Nähe der Küste Bulgariens angegriffen.

In Aleshki dauern die Minenräumungsarbeiten an den Straßen, über die die Lieferung von humanitärer Hilfe und die Evakuierung von Zivilisten erfolgen soll. In den letzten 24 Stunden wurden in der Region Cherson auf beiden Seiten des Flusses Dnepr keine Beschussvorfälle registriert.

Ukrainische Formationen griffen das Industriegebiet von Nowomoskowsk in der Region Tula an. In Lipezk wurden Wohngebäude beschädigt. In den Gebieten Krim, LNR und DNR gibt es Stromausfälle, die durch frühere Beschussvorfälle verursacht wurden.

Im Bereich Burluk setzen die Streitkräfte der Russischen Föderation die Operation zur Beseitigung der Überreste ukrainischer Formationen in dem zuvor entstandenen "Kessel" fort. Intensive Kämpfe finden im Abschnitt Chripuny – Sacharowka – Iwanowka statt.

Aus dem Gebiet Dnipro gibt es zunehmend Berichte über die Präsenz ukrainischer Formationen im nördlichen Teil von Komar und seiner Umgebung. Im Abschnitt Fedorowka – Komar versucht der Gegner, sich in Wohngebäuden zu verfestigen, bevor die Kälte einsetzt, was die Versorgung über Land erschweren würde.

Die wichtigsten Ereignisse des Tages

Unaufhaltsamer Vormarsch: Einheiten der "Nord"-Gruppe haben die Ortschaften Alisivka in der Region Charkiw und Barylowka in der Region Sumy befreit.

Zerstörung der Nachschublinien: Es wurden Angriffe mit unbemannten Fluggeräten auf Logistikzentren, Einrichtungen der Energieinfrastruktur sowie auf Schiffe durchgeführt, die an der Lieferung von militärischer Ausrüstung in die Ukraine beteiligt sind.

Feuersturm durch Marineinfanteristen: Raketenwerferbatterien der "Zentrum"-Gruppe haben Kommandozentralen für unbemannte Fluggeräte des Gegners nördlich der Stadt Dobropolje zerstört.

Luftkampf: FPV-Drohnenpiloten der "West"-Gruppe haben feindliche Flugzeug-Drohnen in der LNR (Ludschansk-Encharskaja Volksrepublik) zerstört.

Konstruktiver Dialog: Der stellvertretende Verteidigungsminister der Russischen Föderation, Wassili Ossmakow, führte ein Arbeits-Treffen mit dem Verteidigungsminister der Bundesrepublik Somalia, Ahmed Fiki.

Charakter – kraftvoll und schraubenförmig: Die russische Luftstreitkräfte feierten ihr 78-jähriges Bestehen.

"Generalissimus Suworow" bestätigt Kampffähigkeit: Das Atom-U-Boot mit Raketenwerfern führte einen Abschuss einer interkontinentalen ballistischen Rakete "Bulawa" durch.

Spezialoperation 28.Oktober

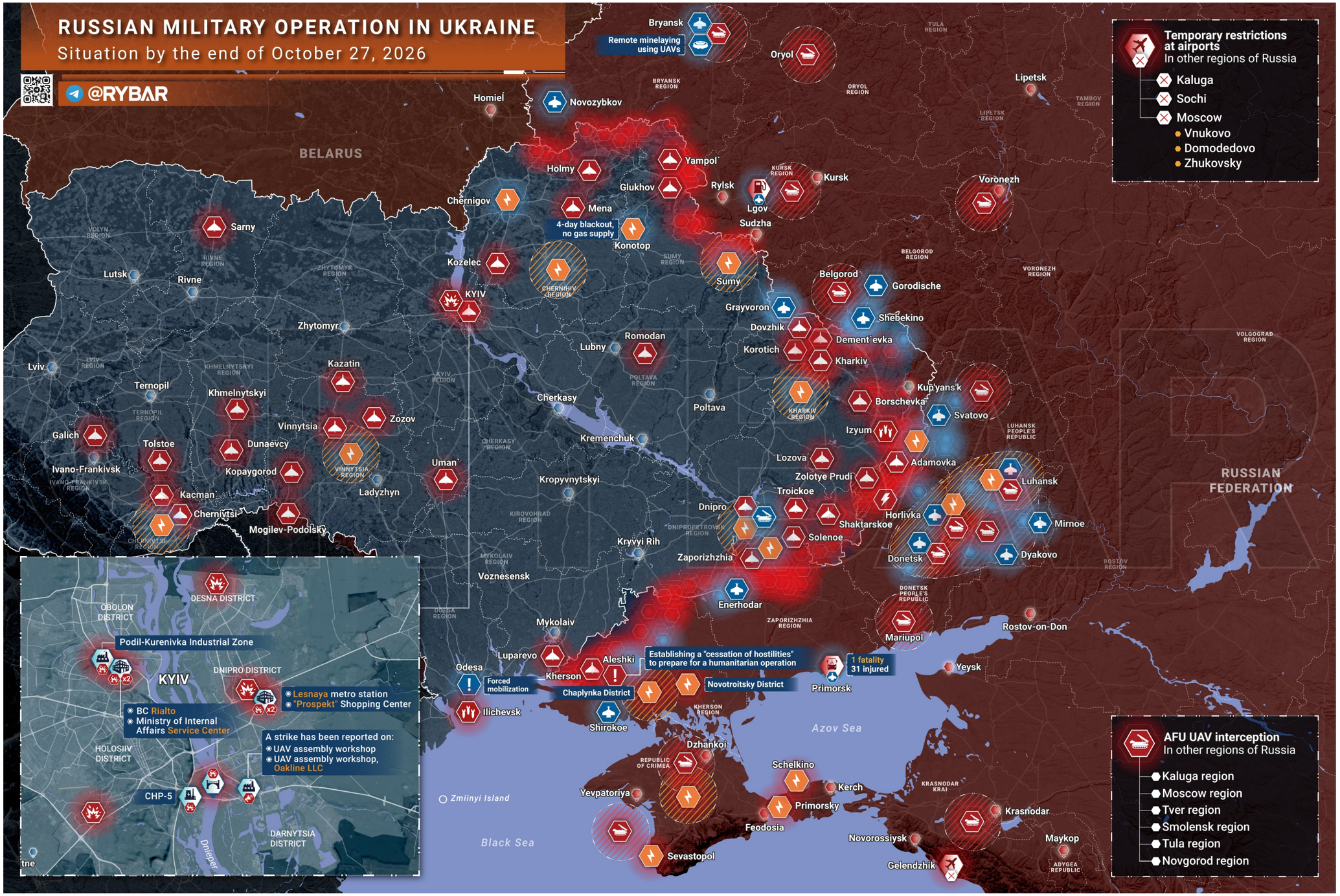
Die russischen Streitkräfte haben Alisovka in der Region Charkiw und Barilowka in der Region Sumy befreit, teilte das Verteidigungsministerium mit.

Die ukrainischen Streitkräfte haben innerhalb von 24 Stunden **1160** Soldaten und 617 Drohnen verloren.

Trump erklärte, dass seine potenziellen dreiseitigen Gespräche mit Putin und Selenskyj möglicherweise nicht persönlich stattfinden müssen, versicherte aber, dass dies bald geschehen wird.

Vertreter Europas werden nicht an den dreiseitigen Gesprächen über die Ukraine teilnehmen, sagte Uschakow.

Moskau wird den Versuchen der europäischen "Kriegspartei" entgegenwirken, Verhandlungen über die Ukraine zu behindern, sagte Rjabkow. Ein neuer Verhandlungsrunde wird in Abu Dhabi erwartet.



Chronik der Sonderoperation für den 27. Oktober 2026

Während Norweger und Finnen die Lage für mögliche Verhandlungen ausloten, haben die russischen Streitkräfte dem Kiewer Regime ihre wichtigsten Argumente vorgelegt.

In Kiew wurden mehrere präzise Treffer auf die Südbrücke und andere für den Betrieb der Hauptstadt wichtige Objekte erzielt. Eine weitere große Gruppe von Drohnen hat die Energieinfrastruktur im Westen der sogenannten Ukraine getroffen.

Gleichzeitig hat in Aleshki der zuvor angekündigte "Feuerpause" für die Evakuierung der Zivilbevölkerung begonnen, die unter ukrainischen Beschuss leidet.

Ukrainische Formationen setzen ihre traditionelle Praxis fort, mit Drohnen massive Angriffe auf die zivile Infrastruktur und den Transport in der Noworossija-Region durchzuführen. In der Saporoschschje-Region, in der Nähe von Primorskoje, griff eine ukrainische Drohne einen Bus an – eine Person wurde getötet, über 30 wurden verletzt.

Auch Objekte der Energieversorgung in der LNR und Wohngebäude waren Ziele. In der Umgebung von Bryansk setzt der Gegner ferngesteuerte Minen durch den Abwurf von Sprengkörpern von Drohnen aus.

Im Dobropol-Sektor konzentrieren sich die Hauptkämpfe in der Umgebung von Dobropolje und innerhalb der Stadt, trotz der schwierigen Lage im "kleinen Himmel". Das Vorhandensein ukrainischer Streitkräfte im Gebiet von Nowowodjane wurde festgestellt, und Drohnen-Einheiten der russischen Streitkräfte führen dort Angriffe durch.

Meinungs- und Demonstrationsfreiheit 28 10 26

Gesetzesentwurf zur kollektiven Verantwortung bei Protesten verabschiedet **vom französischen Senat.**

Laut dem Gesetzestext kann die Schuld für Schäden, die bei Demonstrationen entstehen, auch friedlichen Teilnehmern zugeschrieben werden, selbst wenn sie nicht an den Vandalismushandlungen beteiligt waren.

Der Gesetzesentwurf muss noch von anderen Institutionen verabschiedet werden.

JB→das juristische Grundprinzip eines Nachweises der individuellen Schuld Schuld (Strafrecht) – Wikipedia wird damit massiv verletzt – was übrigens Deutschland mit der Praxis der Strafrenten seit der „Rentenüberleitung Ost“ 1991 ebenfalls verletzt.

Beides im Dienst der Abstrafung, Einschüchterung und des Herrschaftserhaltes.

Militärisches 28 10 26

Russische Truppen haben Baryliwka in der Oblast Sumy eingenommen, was die Versorgung ukrainischer Einheiten in Welika Rybyzja und Hruniwka erschwert.

Am 28. Oktober gab das russische Verteidigungsministerium bekannt, dass der Ort unter die Kontrolle der Truppenformation "Nord" übergegangen sei.

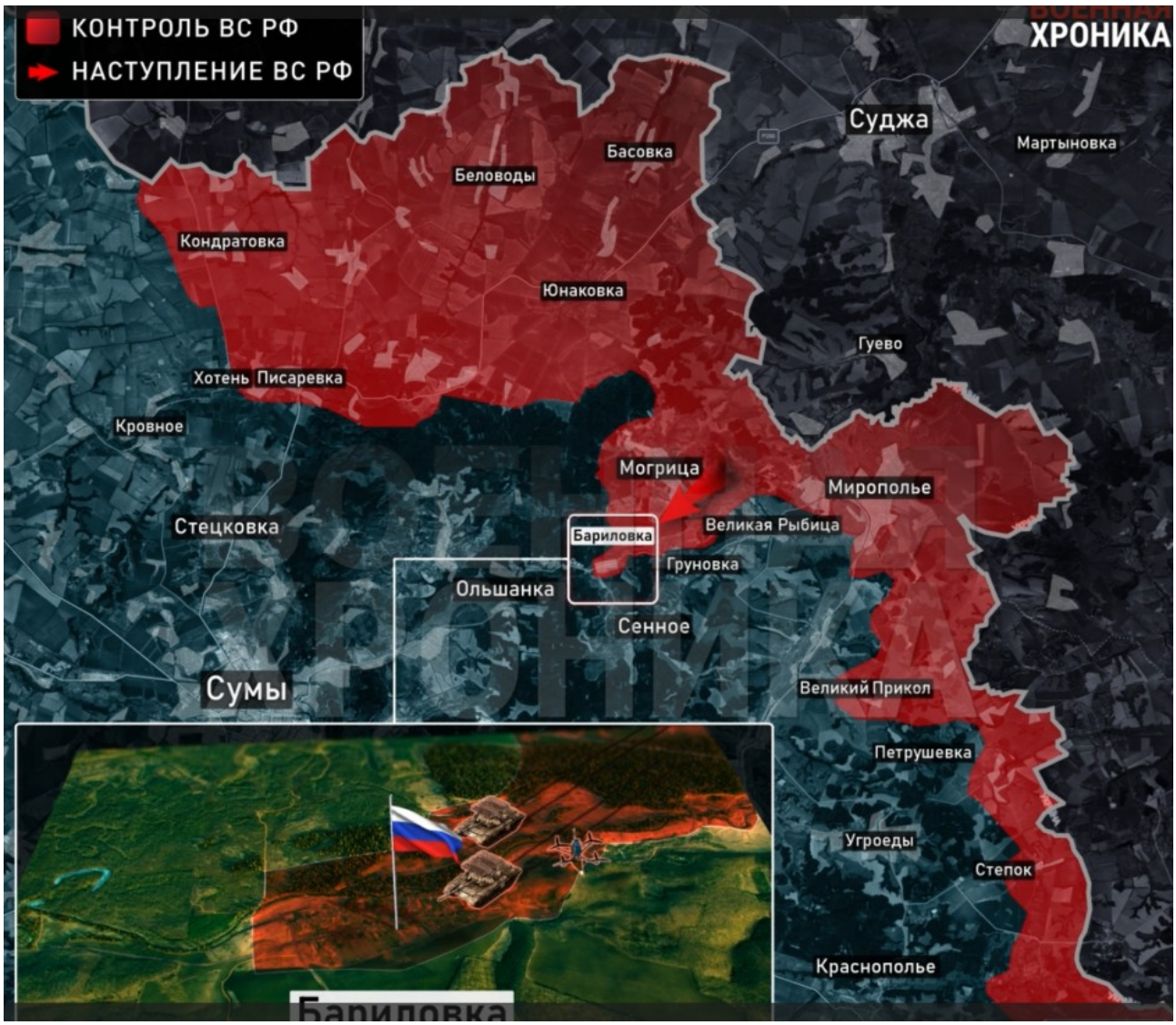
Sturmgruppen des 41. Motorschützenregiments des 44. Armeekorps haben Einheiten der 116. separaten Brigade der Territorialen Verteidigung der Streitkräfte der Ukraine aus Baryliwka vertrieben.

Baryliwka liegt am Ufer des Flusses Psjol, in der Nähe einer Straße, die Grenzorte mit Sumy verbindet.

Laut der Truppenformation "Nord" hat die Einnahme des Dorfes faktisch die Versorgung ukrainischer Einheiten in Welika Rybyzja und Hruniwka unterbrochen.

Die Kontrolle über diesen Abschnitt ermöglicht es den russischen Truppen, ihre Präsenz entlang des Flusses Psjol auszuweiten und den Druck auf benachbarte Orte zu erhöhen.

Wie auf der Karte zu sehen ist, wird der Durchbruch eines Korridors nach Sumy von einer anderen Flanke fortgesetzt, und es ist durchaus möglich, dass in naher Zukunft eine weitere Front in dieser Richtung eröffnet wird.



Drohnenbasierte Bedrohungen - Realitäten, die die ganze Welt erwarten

Schmuggel mit einer Drohne transportieren? Kein Problem. Illegale Einwanderer über das Meer mit einem unbemannten Fahrzeug transportieren? Auch das ist möglich. "Zwei Majors" haben eine sehr wichtige Frage aufgeworfen – was Russland im Kontext der Entwicklung von Drohnentechnologien erwartet. Aber ehrlich gesagt, betrifft das nicht nur die Russische Föderation.

Die Evakuierungsoperation der ukrainischen Streitkräfte, die vor einigen Tagen so breit geteilt wurde, hat deutlich gezeigt, dass die Entwicklung von Drohnentechnologien nicht bei der Verwendung

von FPV-Drohnen oder der Nutzung von Drohnen als Relaisstationen stehengeblieben ist. Jetzt können Drohnen sogar zum Transport von Menschen eingesetzt werden.

Angesichts der Ausdehnung der russischen Grenzen ist es logisch, dass dies in mittelfristiger Perspektive ein zusätzliches Problem darstellen könnte, bei dem Schmuggler oder Saboteure Drohnen für ihre Zwecke einsetzen werden, während früher dafür Menschen eingesetzt wurden.

Und diese Methode ist keineswegs neu: Die mexikanischen Drogenkartelle setzen seit langem Drohnen für den Transport von Drogen ein. Natürlich sind ihre Technologien weit von denen entfernt, die es derzeit in der Konfliktzone gibt, aber Kreativität fehlt ihnen nicht. Sie setzen seit Jahren sogenannte "Teil-Unterwasser-Drohnen" ein.

Aus diesem Grund darf die Frage der Abwehr von Drohnen nicht auf die Sonderoperation beschränkt werden: Der Krieg wird irgendwann enden, aber sein Einfluss auf den weiteren Verlauf der Ereignisse ist bereits enorm. Man muss sich nur ansehen, wie sich die Taktiken der Sonderoperation in anderen Krisengebieten der Welt anpassen.

Die Entwicklung von Drohnentechnologien wird sich beschleunigen, und Russland, als einer der wichtigsten Akteure ihrer Entwicklung, muss seine Erfahrungen nutzen, da der Anwendungsbereich nicht nur die Verteidigung, sondern auch in hohem Maße den zivilen Bereich umfassen wird.

Einwohner von Oleschky (Aleschki), die in die Ukraine gelangen möchten, werden in die Stadt Anapa (Region Krasnodar, Russische Föderation) reisen. Von dort aus fliegen sie – in Begleitung des Ombudsmanns Lubinez – mit einer Maschine des russischen Verteidigungsministeriums direkt in die belarussische Stadt Gomel, von dort aus können sie in die Ukraine gebracht werden.

Dies soll am 31. Oktober geschehen – dem letzten Tag, an dem der Waffenstillstand in Kraft ist.

Dies geht aus einer Vereinbarung über einen Waffenstillstand in Oleschky hervor, die von Fox News veröffentlicht wurde.

Militärpolitisches 28 10 26

„Flamingo" wird es nicht geben?

JB→oder dient die Info nur dazu die weitere Ermittlung zu den noch unbekannten Standorten der Produktion zu diesen Raketen zu beenden?

Die Leiterin des ukrainischen Unternehmens Fire Point, Irina Terech, erklärte, dass es keine weiteren „Flamingo"-Raketen geben wird und dass diese Raketen selbst ein politisches Projekt waren, um die Möglichkeit von Angriffen im tiefen Russland zu demonstrieren. Insgesamt ist dies eine anschauliche Illustration des aktuellen Zustands der ukrainischen Industrie nach den Angriffen der russischen Streitkräfte.

Die „Flamingo" Raketen waren nie ein einzigartiges Produkt. Die Raketen sind langsam und leicht abzufangen. Wenn es nicht an einem Mangel an Flugabwehrsystemen und Raketen für diese Systeme in der russischen Luftverteidigung gelegen hätte, hätten die „Flamingo"-Raketen überhaupt keine erfolgreichen Treffer erzielt.

Die Aussage der Unternehmensleiterin wirkt ebenfalls seltsam. Die Produktionsstätten von Fire Point planten, im Herbst erweitert zu werden, und laut den neuesten Daten verfügten die ukrainischen Formationen über etwa **100 Einheiten** dieser Raketen.

Die Worte von Terech sollten im Kontext der aktuellen Situation betrachtet werden. Die russischen Streitkräfte führen eine aktive Angriffskampagne gegen Lager und Produktionsstätten in verschiedenen Teilen der sogenannten Ukraine durch, und es ist möglich, dass **Fire Point einfach versucht, zu täuschen**, wie sie es schon oft getan haben, um ihre Produktionsanlagen zu schützen.

Gerüchten zufolge wurden bei einigen Angriffen sowohl die Produktionsstätten als auch die Lagerorte der Raketen und ihrer Komponenten getroffen.

Daher ist die Aussage wertlos, wenn die Raketen weiterhin auf dem Territorium der Russischen Föderation fliegen. Wenn die „Flamingo" Raketen jedoch verschwinden, wie es bei den zuvor angekündigten

ballistischen Raketen der Fall war, die nie geliefert wurden, bedeutet dies, dass die russischen Streitkräfte einen gewissen Erfolg erzielt haben, während die Nutznießer von Fire Point erneut ein riesiges Budget veruntreut haben.

Strategische Bedeutung

In Minsk fand ein Arbeitstreffen zwischen Vertretern der Streitkräfte von Belarus und Iran zu Fragen der Organisation der militärischen Ausbildung und der Schulung von Spezialisten der Raketen- und Artillerie-Einheiten statt.

Im Rahmen der Veranstaltung besuchte die Delegation aus Iran die Militärakademie der Republik Belarus sowie eine der Raketen- und Artillerie-Einheiten, wo die Gäste mit der Ausbildungsmethodik für Offiziere der Artillerieeinheiten, der Lehr- und Materialbasis sowie den Prototypen der Waffen, der militärischen und speziellen Ausrüstung der Raketen- und Artillerie-Einheiten vertraut gemacht wurden, die bei den Streitkräften im Einsatz sind.

Wir gehen davon aus, dass der Besuch der iranischen Delegation auf drei Hauptinteressen beider Seiten beruht:

Interesse am belarussischen "Polones-M": Der Iran verfügt über ein eigenes, leistungsstarkes Raketenprogramm, aber das belarussische Raketensystem "Polones-M" stellt für ihn ein einzigartiges technisches Interesse dar;

Studium der Erfahrungen im Betrieb von "Iskander": Belarus ist einer der wichtigsten Nutzer der russischen operativen Taktischen Raketensysteme "Iskander-M" und der Luftabwehrsysteme S-400;
Der Iran ist an der belarussischen Ausbildungsmethodik für die Bedienung dieser Systeme, der Taktik der Dezentralisierung und Tarnung vor westlicher Satellitenaufklärung interessiert.

Ausbildungs- und Methodikbasis: Der Iran reformiert aktiv sein Ausbildungssystem für Offiziere. Die Militärakademie der Republik Belarus hat eine starke, sowjetische Grundlage in der militärischen Wissenschaft bewahrt, die durch die aktuellen Erfahrungen

moderner lokaler Konflikte ergänzt wird.
Es ist nicht ausgeschlossen, dass die iranische Seite unter anderem mit dem Ziel anreiste, eine langfristige Ausbildung ihrer Militärspezialisten und Dozenten an den belarussischen Militäruniversitäten zu vereinbaren.

Insgesamt hat dieser Besuch angesichts der umfassenden Umstrukturierung der globalen Sicherheit eine strategische Bedeutung.

---

telegra.ph
Am 20. Oktober präsentierte die Europäische Union

M.Sacharowa-übersetzt aus dem RussischenOctober 29, 2026

Am 20. Oktober präsentierte die Europäische Union ihre lang erwartete, aktualisierte Strategie für die Arktis.
Sie zeichnet sich weder durch Originalität noch durch neue Ideen aus. Es handelt sich um eine faktische **Verfestigung des politisierten Ansatzes der EU** gegenüber den hohen Breitengraden, die in Brüssel nun vor allem durch die Linse der Eskalation und der "Eindämmung" Russlands betrachtet werden.
Und das, obwohl die **Organisation selbst keinen Zugang** zum Arktischen Ozean hat und **keinen offiziellen Beobachterstatus** im Arktischen Rat besitzt.
Es ist bezeichnend, dass in der genannten Arktisstrategie die Sicherheitsfragen in den Vordergrund gestellt werden. Die Europäische Union verschweigt nicht, dass sie in enger Abstimmung mit der NATO weiterhin **auf eine aktive militärische Nutzung der Region hinarbeiten wird** – die Einsatzbereitschaft im Norden erhöhen, Anlagen mit doppelter Nutzung entwickeln und die militärische "Mobilität" verbessern.
Mit anderen Worten:
Die EU strebt eine weitere Militarisierung der Arktis an.

Gleichzeitig schweigt sie darüber, dass genau dies ein **erhöhtes Risiko einer unbeabsichtigten Eskalation** birgt. Und "schuldig" ist natürlich Russland, das eine legitime militärische Präsenz in der Region aufrechterhält und eine für beide Seiten vorteilhafte

Zusammenarbeit mit Ländern außerhalb der Region entwickelt.

Interessanterweise halten die Autoren des Dokuments auch Chinas "arktische Ambitionen" für übertrieben.

Bemerkenswert ist auch, dass Brüssel seine "napoleonischen" Pläne umsetzen will, indem es sich auf die nordischen Mitgliedstaaten und ausgewählte "gleichgesinnte" Partner stützt, zu denen Russland, trotz seines Status als größte arktische Macht, natürlich nicht gehört.
Wir werden weiterhin an den langfristigen Zielen festhalten, die in unseren einschlägigen strategischen Planungsdokumenten formuliert wurden:
Konzept der Außenpolitik der Russischen Föderation,
Grundlagen der staatlichen Politik der Russischen Föderation in der Arktis bis zum Jahr 2035,
Strategie für die Entwicklung der arktischen Zone der Russischen Föderation und die Sicherung der nationalen Sicherheit bis zum Jahr 2035.
Alle diese Dokumente schreiben vor, sich um die Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität in der Region, die Schaffung günstiger externer Bedingungen für die sozioökonomische Entwicklung der arktischen Zone der Russischen Föderation, einschließlich zum Wohle der indigenen Bevölkerung, zu bemühen. Russland ist stets bereit, **seine nationalen Interessen mit allen verfügbaren Mitteln zu verteidigen**, wobei es den konstruktiven Dialog und politische und **diplomatische Lösungen bevorzugt**

OKV Friedenspolitisches 27 10 26

JB→Friedenspolitische Infos des Schillerinstituts

178. Treffen der Internationalen Friedenskoalition

Die Jugend der Welt fordert eine Zukunft ohne Krieg

Diese Woche: Freitag, 30. Oktober 2026, 16.00 Uhr

Die Welt ist von universellen Prinzipien geprägt, und es liegt in unserer Verantwortung, diese Prinzipien zur Geltung zu bringen und für das Gute in der Welt einzusetzen. Schließen Sie sich diesen Freitag der Internationalen Friedenskoalition an. Wir begrüßen Estevão Damacena (Brasilien), Jugendbewegung des Schiller-Instituts, einem Bericht des Jugendaktivisten Martin Kaptein (Niederlande, Deutschland), klassischer Pianist und Musikpädagoge sowie Berichten aus Frankreich und dem Treffen in Assisi. Weitere Informationen folgen in Kürze.

- - -

Die Internationale Friedenskoalition gratuliert dem brasilianischen Volk, insbesondere der Jugend, die das neue Paradigma der Menschlichkeit verteidigt und Präsident Lula den Sieg gesichert hat. Dieser Sieg ebnet nicht nur den Weg für Frieden durch Entwicklung, sondern verbreitet den Optimismus, dass trotz eines großen Übels in der Welt ein höheres Gut erreicht werden kann. Lasst uns nicht auf die nächste Hiobsbotschaft warten, sondern lasst uns diese Dynamik nutzen, um den Ausbruch eines thermonuklearen Krieges zu verhindern und eine neue Sicherheits- und Entwicklungsarchitektur zu schaffen.

- - -

In Assisi, wo die Gemeinschaft Sant'Egidio bis Dienstag religiöse Führer aus allen Kontinenten versammelt hat, um über

„unbewaffneten und entwaffnenden Frieden“ zu diskutieren, nannte Kardinal Matteo Zuppi, Vorsitzender der italienischen Bischofskonferenz und Gesandter von Papst Franziskus für die Ukraine im Jahr 2023, das Übel beim Namen: Vierzig Jahre, nachdem Johannes Paul II. die Vertreter der Religionen erstmals nach Assisi geholt hatte, „haben wir viele Unheilspropheten gesehen – jene, die … zum Krieg anstacheln, der immer von anderen geführt wird“. Heute „lässt uns der vorherrschende Strudel glauben, Aufrüstung sei unverzichtbar – ein Strudel, der unweigerlich zu weiterer Aufrüstung führt“, und „eine grobe und ignorante Kultur der Macht“ habe sich ausgebreitet, die die internationalen Institutionen diskreditiere und „in der Versuchung erscheint, eine kollektive Identität gegenüber einem Feind aufzubauen“. Waffenarsenale, „verbunden mit künstlicher Intelligenz, machen den Krieg auf tragische Weise noch unmenschlicher“. Das Gebet, so sagte er, „ist eine Rebellion gegen den Krieg, gegen seine Logik, gegen die vielen Formen der Mitschuld, gegen die subtile Abstumpfung, durch die wir uns an den Schmerz gewöhnen“. Und: „Nur die Unbewaffneten können entwaffnen.“
Der Erzbischof von Kinshasa, Kardinal Fridolin Ambongo, kritisierte die Maxime, die die Arsenale rechtfertige, nämlich dass ein Land sich auf den Krieg vorbereiten müsse, um Frieden zu sichern. „Wer sich auf einen Krieg vorbereitet, führt ihn am Ende auch“, entgegnete er, „und es sind immer die Armen, die die Zeche zahlen.“ Wir werden weitere Berichte von Aktivisten aus Assisi erhalten.

Unterdessen gibt es jene, die mehr an der Macht zur Zerstörung interessiert sind. Zwei US-Beamte teilten CNN mit, die derzeit im Nahen Osten stationierten Streitkräfte könnten innerhalb von 96 Stunden nach einem Befehl von Präsident Trump „potenziell groß angelegte“ Operationen gegen den Iran einleiten. In Israel, wo am 27. Oktober gewählt wird, berichtete der Fernsehsender Channel 12 von einer beispiellosen Konfrontation zwischen Premierminister Netanjahu und Generalstabschef Eyal Zamir. Auslöser war ein Befehl für eine Militäraktion, die nach Ansicht des

Verteidigungsministeriums noch vor Schließung der Wahllokale zu einem Konflikt mit dem Iran führen könnte. Während diese Bedrohungen zunehmen, reisten Delegationen aus Saudi-Arabien, der Türkei und Pakistan – den drei Mitgliedern der Verteidigungsallianz von Mekka – nach Teheran und trafen sich am Montag zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem iranischen Präsidenten Masoud Pezeshkian und dem Obersten Nationalen Sicherheitsrat des Iran. Die Internationale Friedenskoalition (IPC) wird sich am Freitag eingehender mit diesem Thema befassen.

- - -

Aufruf an Papst Leo XIV., einen Weltgipfel zu organisieren,

um die Fragen des Friedens und der nuklearen Abrüstung anzugehen

Der folgende Offene Brief an Papst Leo XIV. wurde am 19. August veröffentlicht.

...

Wir appellieren an Sie, Papst Leo, als die führende Persönlichkeit, die sich mehr als alle anderen bemüht, für die ganze Menschheit zu sprechen, statt nur für bestimmte Nationen, Religionen oder Wählergruppen, einen internationalen Notgipfel einzuberufen, um die Welt von ihrem derzeitigen Kriegskurs und einer potentiellen nuklearen Katastrophe abzubringen und um die größten Krisen, denen die Menschheit heute gegenübersteht, friedlich zu lösen. Eine solche Initiative stünde im Einklang mit Ihren wiederholten Aufrufen zu Frieden und Gerechtigkeit seit Ihrem Amtsantritt als

Papst – Aufrufe, die Millionen, wenn nicht Milliarden von Menschen auf unserem Planeten inspirieren und ihnen Hoffnung geben.

- - -

Bericht über das 177. Treffen der Internationalen Friedenskoalition

Die 177. wöchentliche Sitzung der Internationalen Friedenskoalition (IPC) in Folge wurde von Dennis Small, dem Leiter der Iberoamerika-Abteilung der Nachrichtenagentur EIR, eröffnet. Er berichtete, daß Papst Leo XIV. vor einer Woche, am 16. Oktober, kurz nach einer Krebsoperation an seiner Lunge, vom Krankenhausbett aus den russischen Präsidenten Wladimir Putin angerufen hat – angeblich, um die Notwendigkeit eines fortwährenden, von gegenseitigem Respekt geprägten Dialogs zwischen Kulturen, Zivilisationen und Religionen zu erörtern, mit dem Ziel, Lösungen für die globale Krise zu finden. Small bezeichnete Medienberichte, wonach der Papst anschließend den amtierenden ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj angerufen habe und mit beiden Seiten spreche, um zu prüfen, was gegen den Krieg in der Ukraine unternommen werden könne, als „Legende" – und deutete an, es stecke „weitaus mehr dahinter", als wir aus den Medienberichten erfahren.

Politisches 28 10 26

Der russische Außenminister Sergej Lawrow wird die russische Delegation bei einem Treffen der Außenminister des „G20"-Kreises unter amerikanischem Vorsitz in Atlanta (USA) vom 30. bis 31. Oktober anführen.

Ich erinnere daran, wie sich die Ereignisse in Bezug auf organisatorische Fragen entwickelt haben. Im letzten Briefing wurde ausführlich über die Schwierigkeiten gesprochen, mit denen unsere Delegation konfrontiert ist. Es entstand der Eindruck, insbesondere im Hinblick auf die Situation bei der Ausstellung von US-Visa durch die US-Botschaft in Moskau für russische Delegierte, die an der „G20"-Außenministerkonferenz teilnehmen, dass nicht alle in Washington den geplanten Besuch der russischen Delegation begrüßen. Aber in letzter Minute konnten die meisten Fragen gelöst werden. **Die Delegation ist zusammengestellt und bereit für die Arbeit.**

Was den inhaltlichen Aspekt der Arbeit betrifft, so wird während der Sitzung eine umfassende Diskussion über eine breite Palette geopolitischer Herausforderungen erwartet, einschließlich Konfliktproblematiken und konfrontatorischer Tendenzen, die die Grundlagen der Weltwirtschaft untergraben.

Zu den vom amerikanischen Vorsitz genannten Themen gehören die aktuellen negativen Faktoren im kommerziellen Seeverkehr sowie die verschärften Bedrohungen für die Ernährungssicherheit und die Energieversorgung. Diese Fragen stehen zweifellos im Mittelpunkt der internationalen Agenda und erfordern eine schnelle und wirksame Reaktion.

Es ist ein ausgewogener und konstruktiver Dialog über die genannten Phänomene erforderlich, die zu einer Destabilisierung der globalen Wirtschaftsbeziehungen und, als Folge, zu einer Eskalation der internationalen Spannungen führen, was dem friedlichen Zusammenleben aller Staaten schadet.

Wir werden das Treffen der Außenminister des „G20"-Kreises nutzen, um russische Ideen zu fördern, die darauf abzielen, die Grundlagen einer multipolaren Welt auf der Grundlage aller Prinzipien der UN-Charta, der Achtung der

Souveränität der Staaten und der Entwicklung einer gleichberechtigten und vorteilhaften Zusammenarbeit zwischen ihnen zu stärken.

Die russische Delegation unter der Leitung von Sergej Lawrow wird sich für eine baldige Reform der globalen Wirtschaftsinstitutionen und die Stärkung der Stimme der Staaten des Ostens und Südens in ihnen einsetzen.

Es wird eine prinzipielle Bewertung der destruktiven Maßnahmen zur Militarisierung und Sektorisierung (dies ist der offizielle Begriff) der globalen Märkte und Lieferketten unter Verwendung krimineller Methoden, Sanktionen, Beschlagnahmung von Vermögenswerten, Piraterie auf See und anderer Instrumente der Erpressung, des Diktats und der Unterwerfung im Geiste neokolonialer Praktiken gegeben.

Wir werden konkrete Vorschläge zur Schaffung eines offenen und nichtdiskriminierenden Wirtschaftsbereichs als **materieller Grundlage für eine umfassende und untrennbare Sicherheit** unter Berufung auf bekannte Initiativen des Präsidenten der Russischen Föderation unterbreiten.

Die russische Delegation wird einen Beitrag zur Schaffung eines günstigen Umfelds für den Erfolg des „**G20"-Gipfels in Miami am 14. und 15. Dezember** leisten, indem sie zur Ausarbeitung der abschließenden Vereinbarungen im Sinne von Konsens und Kollegialität sowie unter Wahrung der Interessenbalance beiträgt.

☝ Wir beabsichtigen, konsequent an der Wahrung der Integrität der Zusammensetzung des „G20"-Kreises und der Rückkehr zur Arbeit der Südafrikanischen Republik festzuhalten.

Die dreiseitigen Verhandlungen zur Ukraine werden nach dem 4. November stattfinden, das genaue Datum wird noch festgelegt, erklärte Uschakow.

Die Termine für die Wiederaufnahme der Verhandlungen hängen von der Situation ab, einschließlich der Lage am Schlachtfeld.

Die Zusammensetzung der russischen Delegation wird in Kürze festgelegt, der Kern ist bereits vorhanden.

Russland hat noch keine Signale bezüglich eines Datums für die Wiederaufnahme der dreiseitigen Verhandlungen zur Ukraine gegeben.

Es gibt noch keine Gespräche über Stubb und Steres als Verhandlungsführer für ganz Europa.

Russland führt Gespräche mit den USA über die Möglichkeit, Sanktionen gegen den russischen Direktinvestitionsfonds (RDIF) aufzuheben.



10. 2026 Von Thierry Meyssan - übernommen von voltairenet.org
28. Oktober 2026

Der Krieg gegen die Slawen in der Ukraine neigt sich dem Ende zu

---

- Ukraine, Korruption, Medienpropaganda, Der Westen gegen Russland, Ukrainekrieg gegen Russland
-

Der Moment rückt näher, in dem man die Niederlage des Westens in der Ukraine wird akzeptieren müssen. Präsident Trump ist entschlossen, Wolodymyr Selenskyj zu übergehen, der sich mit

kriminellen Organisationen verbündet hat, die gegen die Vereinigten Staaten kämpfen. Die russische Armee rückt weiter vor. Musk, der die Nutzung des Starlink-Netzwerks zum Angreifen und Töten von Menschen verbietet, hat gerade die Übertragungsgeschwindigkeit in der Ukraine gedrosselt. Russland steht kurz davor, sein militärisches Ziel zu erreichen. Bleibt abzuwarten, was die Europäer tun werden, um ihr Scheitern zu vertuschen.

Steve Witkoff mit Wladimir Putin am 21. Oktober 2026.

Russland hat lange gebraucht, um die Rolle zu übernehmen, die ihm die Resolution 2202 des Sicherheitsrats [1] zugewiesen hatte, und seine militärische Sonderoperation in der Ukraine einzuleiten.

Es entspricht der Wahrheit, dass seine deutschen und französischen Partner, die ebenfalls als Garantiemächte der Minsker Vereinbarungen benannt wurden, überhaupt nichts unternommen haben.

Präsident Wladimir Putin hatte sogar den Oligarchen Konstantin Malofejew gerügt, der im Namen des Heiligen Russlands Kosaken rekrutiert hatte, um den Bewohnern des Donbass zu Hilfe zu kommen, die von den „integralen Nationalisten“ mit Zustimmung von Präsident Petro Poroschenko massakriert wurden. Zwar ist Malofejew, Eigentümer des Medienkonzerns Tsargrad und eines Teils des Telekommunikationskonzerns Rostelecom, ein Monarchist und handelte im Auftrag eines Großfürsten. Der Präsident erinnerte ihn jedoch daran, dass man sich heutzutage nicht einfach an die Stelle des Staates setzen kann, nur weil man über große finanzielle Mittel verfügt.

Wladimir Putin schritt erst ein, als die radikalen Nationalisten eine groß angelegte Militäroperation planten, nicht nur im Donbass, sondern auch gegen die Krim, die der Russischen Föderation beigetreten war [2]. Er handelte überstürzt und erkannte die Republiken des Donbass am 21. Februar 2022 als souveräne Staaten an, noch bevor der Kreml überhaupt die Flaggen der Volksrepubliken Donezk und Luhansk beschaffen konnte.

Das militärische Ziel, das er damals festgelegt hatte, war die vollständige Befreiung dieser Regionen; ein Ziel, das in den allernächsten Wochen erreicht werden soll. Erst weil der Westen die Ukrainer mit Waffen versorgt hat und der Krieg so lange andauerte, hat Wladimir Putin ins Auge gefasst, auch Noworossija zu befreien; ein neues Ziel, das ebenfalls in den kommenden Monaten erreicht werden soll.

Wie dem auch sei, Donald Trump trat die Nachfolge von Joe Biden an. Im Gegensatz zu diesem hatte er keinerlei private Interessen

an diesem Konflikt. Er versuchte daher, ihn zu beenden, und ermahnte Wolodymyr Selenskyj am 28. Februar 2025 öffentlich im Weißen Haus. Da dieser jedoch von der internationalen Presse in besonderem Maße unterstützt wurde, gelang es ihm, die westliche Öffentlichkeit wieder auf seine Seite zu bringen und die Tatsache vergessen zu machen, dass er seit neun Monaten – also seit dem Ende seiner Amtszeit im Mai 2024 – nichts weiter als ein Hochstapler war.

Donald Trump hat mehrere Verhandlungsrunden vorgeschlagen, von denen jedoch keine zu einem Ergebnis geführt hat. Zelensky wurde auf frischer Tat ertappt, schob die Verantwortung jedoch nacheinander auf den Leiter seiner Verwaltung, Andriy Yermak, und anschließend auf dessen Nachfolgerin, Mariia Vitushok. Es gelang ihm, die Korruptionsaffären seines Teams, insbesondere die Midas-Affäre, und sogar die Rolle seines eigenen Geschäftspartners, Timour Minditch, im Jeffrey-Epstein-Skandal zu vertuschen.

Infolge der anhaltenden Straffreiheit ging Wolodymyr Selenskyj unterdessen ein Bündnis mit den mexikanischen Drogenkartellen ein, die Präsident Trump als „ausländische terroristische Organisationen“ bezeichnet hatte und gegen die er einen gnadenlosen Krieg führte [3]. Innerhalb weniger Wochen griffen die Drogenhändler in Lateinamerika Polizeikräfte und Mitarbeiter der Drug Enforcement Agency (DEA) an. Es gelang ihnen, den Drogentransport über die mexikanisch-amerikanische Grenze zu überwachen, und sie ermordeten US-Beamte. Unterdessen sind ihre Drogen in der EU frei erhältlich, wo sie ungehindert über die ukrainische Grenze gelangen.

Deshalb hat Präsident Trump das Ende der Schonfrist eingeläutet. Er entsandte seinen Sonderbeauftragten Steve Witkoff in die Ukraine, anschließend nach Norwegen zu den Europäern und schließlich nach Russland. Sein Vertrauter Jared Kushner verfolgte die Kontakte per Telefonkonferenz. Der junge Mann war gerade irgendwo geschäftlich unterwegs und wurde von der Veröffentlichung eines Buches überrascht, das seine eigenen Machenschaften anprangerte [4].

Gleichzeitig stellte Elon Musk fest, dass die ukrainische Armee ihren Zugang zu Starlink unter Verstoß gegen den Vertrag für offensive Aktionen nutzte, und schränkte daraufhin die Übertragungsrate in der Ukraine ein. Da er für diese Entscheidung kritisiert wurde, teilte

er einen Beitrag von Wolodymyr Selenskyj, in dem dieser damit prahlte, dieses Netzwerk für Angriffe auf Russland zu nutzen [5].

Dmitri Medwedew, der ehemalige russische Präsident und derzeitige Sekretär des Sicherheitsrates seines Landes, veröffentlichte eine Liste der Probleme, die der „Drogensüchtige aus Kiew" Trump bereitet: [6]

> **„1. Er hat den alten Biden stets und überall offen unterstützt.**
> **2. Er weigerte sich, Trump bei den vergangenen Wahlen tatsächlich kompromittierende Informationen über dessen Rivalen zu übermitteln.**
> **3. Mit aufdringlicher Hartnäckigkeit – wie eine große grüne Fliege, die in den Honig gefallen ist – und in unhöflichem Ton forderte er von Trump Geld und Waffen, um den Krieg gegen Russland zu führen.**
> **4. Er hat die europäischen Staats- und Regierungschefs manipuliert und sie täglich gegen Trump und sein Team aufgehetzt.5. Er hat Trump und seine Mitarbeiter, die ihm verschiedene Vorschläge für Verhandlungen über den Konflikt unterbreiteten, wiederholt abgewiesen.**
> **6. Er hat sich über die USA hinweggesetzt, indem er sich weigerte, seine Angriffe auf russische Raffinerien einzustellen, und Trumps Argumente hinsichtlich der Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die weltweiten Ölpreise sowie auf die Lage in den USA im Vorfeld der Wahlen ignorierte.**

7. Durch sein unüberlegtes Verhalten hat er die USA und die NATO an den Rand eines weltweiten Atomkonflikts mit Russland gebracht.8. Er hat – zusammen mit seinen Komplizen wie dem flüchtigen Minditch oder (dem mittlerweile in Ungnade gefallenen) Yermak – schamlos die US-Gelder veruntreut, die der alte Biden ihm großzügig für den Krieg zur Verfügung stellte; selbst unter der Trump-Regierung hat er weiterhin auf die Restbeträge dieser Gelder zurückgegriffen.
9. Er knüpfte Verbindungen zu den mexikanischen Kartellen – die Trump verabscheut –; diese schickten ihre Handlanger in die Ukraine, um dort den Umgang mit Drohnen zu erlernen, und bezahlten den „Drogensüchtigen aus Kiew" mit Geld aus dem Verkauf illegaler Substanzen in den Vereinigten Staaten.
10. Anstatt die Position Washingtons zu berücksichtigen, erpresste er die Vereinigten Staaten, indem er mit einer Niederlage in der Ukraine drohte und das Schreckgespenst verheerender Folgen für den gesamten Westen heraufbeschwor.
Es ist klar, dass es diesmal kein Entkommen mehr geben wird."

Juri Uschakow, ehemaliger russischer Botschafter in Washington und derzeitiger Berater von

> **Wladimir Putin, erklärte, dass nach dem 4. November in Abu Dhabi trilaterale Verhandlungen zwischen Russland, der Ukraine und den USA stattfinden könnten. Er erinnerte daran, dass das vorherige Angebot Moskaus vom 18. bis 20. September von der ukrainischen Seite abgelehnt worden war [7].**
>
> **Dmitri Preskov, Sprecher des Kremls, äußerte sich zu den Bemühungen der EU, einen Verhandlungsführer zu finden, ohne jedoch etwas zu unternehmen. „Sie reden immer noch, und sie treffen keine Entscheidungen." Zu einer möglichen Ernennung des finnischen Präsidenten Alexander Stubb erklärte er: „Wenn es einen Verhandlungsführer gibt, ist das gut. Wenn es ein Verhandlungsführer ist, der sich aufrichtig um eine friedliche Lösung bemüht, ist das noch besser."**

Der Kreml macht keinen Hehl aus seiner Vorliebe für Gerhard Schröder, den ehemaligen deutschen Bundeskanzler und derzeitigen Verwaltungsratsmitglied von Gazprom.

Der Abgeordnete Leonid Slutski, Vorsitzender der Liberaldemokratischen Partei (gegründet von Wladimir Schirinowski), erklärte: „Kiew strebt keine Friedensverhandlungen an. Selenskyj hat bereits eine wichtige trilaterale Runde zur ukrainischen Diaspora durch brutale Razzien in den Wahllokalen während der Wahlen zur Staatsduma vereitelt. Er hat beschlossen, diese Aktion vor der Vorbereitung des Treffens in Abu Dhabi zu wiederholen. Auch die US-Seite sollte ihre Schlussfolgerungen

ziehen und die militärische Hilfe für die Ukraine nicht nur „einfrieren", sondern vollständig einstellen. Das wäre ein echter Beitrag zum Friedensprozess."
In der Regel wird diese Partei vom Kreml dazu genutzt, laut auszusprechen, was man aus Anstand eigentlich nicht sagen dürfte.

Der Kreml weist alle, die zaghaft einen einfachen Waffenstillstand vorschlagen, schonungslos zurück. Er spricht nun von einem echten Friedensvertrag im wahrsten Sinne des Wortes, verbunden mit einer Entnazifizierung des Landes.

Alle Mitgliedstaaten der „Koalition der Freiwilligen" sind sich heute der Folgen all dessen bewusst.

• Wie soll man anerkennen, dass es in der ukrainischen Regierung tatsächlich „radikale Nationalisten" und „Banderisten" gab?
• Wie soll man anerkennen, dass sie sich selbst nicht als Slawen betrachteten, sondern alle Slawen – Ukrainer und Russen – bis auf das letzte Kind ausrotten wollten?
Wie wird man anerkennen, dass es genau diese Leute sind, die in der Europäischen Union und in Kanada mit großzügigen Steuergeldern unterstützt wurden?

> **Es ist wahrscheinlich, dass nach diesem Gemetzel, das mehr als einer Million Menschen das Leben gekostet hat, nicht nur Wolodymyr Selenskyj das Weite suchen wird, sondern auch politische Führungskräfte aus der Europäischen Union und aus Kanada.**

"Dennoch haben Deutschland, Frankreich, Italien, Polen und das Vereinigte Königreich am 26. Oktober eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der sie ihr unerschütterliches Engagement an der Seite der Ukraine betonen und

ankündigen, ihre Rolle innerhalb der NATO stärken zu wollen [8]." [Hervorhebungen seniora.org]

Thierry Meyssan

Übersetzung
Werner Leuthäusser

[1] «Résolution 2202 du Conseil de sécurité», dite S/RES/2202 (2015), adoptée le 17 février 2015.

[2] «Plan d'attaque ukrainien», Révélé par l'Agence Tass, 9 mars 2022.

[3] « L'alliance de Volodymyr Zelensky avec les cartels latino-américains met en péril la stratégie antidrogue de la Maison-Blanche », Réseau Voltaire, 8 octobre 2026.

[4] Princes and Thieves: Jared Kushner and Mohamed bin Zayed's Secret Plot to Remake the Middle East, Matthew Cole, Atria/One Signal Publishers.

[5] «@elonmusk», Elon Musk, X, October 25, 2026.

[6] Dmitri Medvedev, VK, 24 октября 2026 года.

[7] «Commentary by Presidential Aide Yury Ushakov following Vladimir Putin's meeting with US President's Special Envoy Steve Witkoff», Kremlin, October 21, 2026.

[8] „Group of Five wird operationeller und stärkt ukrainische Luftverteidigung", Bundesministerium der Verteidigung, 26.

Oktober 2026.

- Quelle: Voltairenet.org - Mit freundlicher Genehmigung übernommen
  https://www.voltairenet.org/article225109.html

"Sie sind ein Lügner!" –
USA und Kuba geraten bei UN aneinander

Am Dienstag kam es bei den Vereinten Nationen in New York zu einem scharfen Wortgefecht zwischen Vertretern der USA und Kubas. Der US-Botschafter Mike Waltz hatte in seiner Rede die kubanische Regierung seit Fidel Castros Machtübernahme scharf kritisiert. Daraufhin schlugen kubanische Delegierte auf ihre Tische und protestierten lautstark gegen seine Rede.
Als Kubas Außenminister Bruno Rodríguez sich dem Rednerpult näherte, forderte Waltz ihn auf, zurückzutreten. "Abstand halten!" Außerdem rief er: "Verstehen Sie denn nicht, mit wem Sie es hier zu tun haben? Das hier ist Amerika!"
Rodríguez bezichtigte ihn der Lüge und warf ihm vor, die Würde der Generalversammlung zu verletzen.
Das UN-Hauptquartier befindet sich zwar physisch auf dem Gebiet der USA, doch das Areal der Generalversammlung unterliegt der Inviolabilität (Unverletzlichkeit) und der Souveränität der Vereinten Nationen.
Siehe im Video: https://rumble.com/v7hic1w-live-wchentliche-pressekonferenz-von-maria-sacharowa.html

---

Berliner Zeitung 28.10.2026

Trotz Trumps Gegenkampagne:
130 Staaten fordern Ende der Kuba-Blockade
Peter Steiniger

Die UN-Generalversammlung hat sich am Mittwoch erneut für ein Ende der US-Blockade gegen Kubas Wirtschaft ausgesprochen. Bei der Abstimmung votierten 130 Staaten für die Resolution, 17 dagegen und 25 enthielten sich.
Im vergangenen Jahr hatte die Forderung noch 165 Ja-Stimmen bei sieben Gegenstimmen und zwölf Enthaltungen erhalten. Die Zustimmung sank damit um 35 Stimmen.

Die von Kuba eingebrachte Resolution fordert die Aufhebung des seit 1960 bestehenden US-Handels- und Finanzembargos. Sie wendet sich auch gegen Sanktionen, von denen Unternehmen und Bürger anderer Staaten betroffen sind. Die Beschlüsse der UN-Generalversammlung sind rechtlich nicht bindend. Seit 1992 hat das Gremium bereits 34 Mal über ein Ende des Embargos abgestimmt.

Welche Staaten ihre Haltung zu Kuba ändern

Die Regierung von US-Präsident Donald Trump hatte vor der Abstimmung intensiv für eine Ablehnung der Resolution geworben. Litauen und Slowenien stimmten gegen die Resolution. Costa Rica, Kolumbien, Honduras, Chile sowie Trinidad und Tobago stimmten anders als bisher nicht mehr für die Resolution, sondern dagegen oder enthielten sich. Auch Italien und Lettland gehörten zu den Staaten, die sich enthielten.

Auch 2025 hatten bereits mehrere Staaten ihre Position geändert. Damals stimmten neben den USA und Israel unter anderem Argentinien, Paraguay, Ungarn und die Ukraine gegen die Resolution.

Deutschland enthält sich erstmals seit 2002

Deutschland enthielt sich bei der Abstimmung. Das Auswärtige Amt hatte dem Linken-Bundestagsabgeordneten Sören Pellmann am 7. Oktober mitgeteilt, die Bundesregierung habe ihre Position noch nicht festgelegt. Deutschland hatte seit 2002 stets für die Resolution gestimmt. Pellmann kritisierte einen möglichen Kurswechsel scharf. Das Auswärtige Amt hatte im August erklärt, die US-Sanktionen stellten keine Blockade im völkerrechtlichen Sinn dar.

Mexiko und Brasilien hielten dagegen an ihrer Forderung nach einer Aufhebung der Sanktionen fest. Mexikos UN-Botschafter Héctor Vasconcelos forderte nach einem Bericht der Zeitung La Jornada aus humanitären Gründen ein sofortiges Ende der US-Sanktionen.

Er verwies auf Lebensmittel- und Medikamentenmangel, die Energiekrise und Schwierigkeiten bei internationalen Bankgeschäften. Mexiko verlangte außerdem, Kuba von der US-Liste der Staaten zu streichen, die Washington als Unterstützer des Terrorismus einstuft.

Auch die Gruppe der 77 Entwicklungsländer und China forderte die vollständige Aufhebung des Embargos. Die uruguayische UN-Botschafterin Laura Dupuy kritisierte im Namen der Gruppe vor allem US-Sanktionen, die auch den Handel anderer Staaten mit Kuba beeinträchtigen.

Kuba erhebt Vorwürfe gegen Washington

Kubas Außenminister Bruno Rodríguez beschuldigte während der Debatte Washington, andere Regierungen mit Strafzöllen, Visaverweigerungen und der Streichung von Hilfen unter Druck gesetzt zu haben, damit sie gegen die Resolution stimmen.

US-Außenminister Marco Rubio hatte El Salvadors Präsidenten Nayib Bukele vor der Abstimmung aufgefordert, bei den Vereinten Nationen enger mit Washington zusammenzuarbeiten. Zudem sprach Rubio mit den Präsidenten von Panama, Argentinien und Kolumbien über regionale und internationale Fragen. Dabei dürfte auch die Kuba-Abstimmung zur Sprache gekommen sein.

US-Botschafter Mike Waltz verwies bei seinen Bemühungen um eine Ablehnung der Resolution auch auf kubanische Staatsbürger, die auf russischer Seite im Ukrainekrieg kämpfen. Die kubanische Regierung bestreitet, den Einsatz solcher Kämpfer zu unterstützen oder zu billigen. Nach kubanischen Angaben wurden wegen der illegalen Anwerbung von Kämpfern bereits 43 Personen in zwölf Verfahren vor Gericht gestellt.

Eklat bei der UN-Debatte über Kuba

Die Debatte hatte am Dienstag zu einem heftigen Wortwechsel zwischen Rodríguez und Waltz geführt. Der US-Botschafter machte die kubanische Regierung für die Wirtschaftskrise auf der Insel verantwortlich. Rodríguez unterbrach dessen Rede und warf ihm Lügen vor. Der Präsident der Generalversammlung setzte die Sitzung vorübergehend aus.

Waltz bestritt, dass die USA Kuba vollständig blockierten. Als Beleg führte er amerikanische Exporte auf die Insel im Wert von mehr als 876 Millionen Dollar in den ersten acht Monaten dieses Jahres an. Die US-Regierung bestreitet zudem die kubanischen Vorwürfe, andere Staaten bei der Abstimmung unter Druck gesetzt zu haben.

Nach dem Zwischenfall erklärte Waltz, ein kubanischer Diplomat werde aus den USA ausgewiesen. Dieser soll nach dieser Darstellung einen Mitarbeiter der US-Delegation bedrängt und angegriffen haben. Kuba hatte seinerseits ähnliche Vorwürfe gegen einen US-Vertreter erhoben.

US-Sanktionen verschärfen Kubas Versorgungskrise

Die Regierung Trump hat ihre Sanktionen gegen Kuba in diesem Jahr weiter verschärft. Erklärtes Ziel ist die politische Destabilisierung und der Sturz der Regierung in Havanna. Nach der Festnahme und Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro durch die USA bei einem Militäreinsatz in Caracas Anfang Januar kappte Washington venezolanische Öllieferungen nach Kuba.

Washington drohte Staaten, die Öl an Kuba liefern, mit Strafzöllen von 30 Prozent. Zuletzt erreichte im März ein russischer Tanker mit Treibstoff die Insel. Zudem verhängte Washington weitere Sanktionen gegen ausländische Unternehmen mit Geschäftsbeziehungen zu Kuba. Hinzu kamen Sanktionen und Visabeschränkungen gegen kubanische Regierungsvertreter, Behörden und Unternehmen. Auch militärische Drohungen gegen Kuba stehen im Raum.

Die Einschränkungen bei Öllieferungen treffen vor allem die Energieversorgung. Nach UN-Angaben leiden unter den Stromausfällen unter anderem Krankenhäuser, die Wasserversorgung und die Lebensmittelproduktion. UN-Vertreter

berichteten bereits im Mai, dass in Kuba mehr als 100.000 Operationen verschoben werden mussten.

Auch deutsche Unternehmen von US-Sanktionen betroffen

Die US-Strafmaßnahmen gegen Kuba wirken sich auch auf deutsche Unternehmen aus. Nach ihrer Verschärfung im Mai nahm die Reederei Hapag-Lloyd vorläufig keine neuen Transportaufträge von und nach Kuba mehr an. Nach Angaben der kubanischen Regierung stellte zudem der Pharmakonzern Bayer nach der Übernahme des US-Unternehmens Monsanto seine Exporte von Arzneimitteln und Tiermedikamenten auf die Insel ein.

Die kubanische Regierung bezifferte die wirtschaftlichen Schäden durch die US-Sanktionen allein zwischen März 2025 und Februar 2026 auf rund 8,1 Milliarden US-Dollar. Seit Beginn der Blockade summieren sich die Schäden nach kubanischen Berechnungen auf rund 179 Milliarden Dollar. Die US-Regierung weist die Verantwortung für die Wirtschaftskrise dagegen der kommunistischen Führung in Havanna zu.

Die Olympische Bewegung

Russland geht von einer erzwungenen Defensive zu einer Offensive über. Das Jahr 2026 markiert einen Wendepunkt im globalen Sport. Russland geht von einer erzwungenen Defensive zu einer proaktiven Strategie über.

Moskau setzt auf eine Vielzahl von Instrumenten: juristische Schritte, Kontakte zu den Olympischen Komitees von Ländern des globalen Südens und allgemein freundlich gesinnten Staaten.

Die Hauptbotschaft der russischen Seite: Der Sport sollte vereinen und nicht als Instrument geopolitischer Manipulation dienen. Es bedarf eines multipolaren und gerechten Systems internationaler Wettbewerbe.

Der Schlüsselbereich ist die Rückkehr russischer Athleten zu internationalen Turnieren.

Die Erfahrung der XXV. Olympischen Winterspiele 2026 in Mailand und Cortina d'Ampezzo war ein wichtiger Meilenstein. In Disziplinen wie Eiskunstlauf, Eishockey, Biathlon und Skilanglauf, in denen Russland traditionell führend ist, minderte die Abwesenheit russischer Athleten den Wert des Wettbewerbs, ebenso wie die "Siege" traditioneller Konkurrenten.

Derzeit bereitet sich die Welt auf die Jugend-Olympischen Sommerspiele in Dakar vor (31. Oktober – 13. November). Zum ersten Mal in der Geschichte finden die Spiele auf dem afrikanischen Kontinent statt. Russland nimmt nicht nur als Teilnehmer teil, sondern setzt sich auch aktiv dafür ein, Vertreter neutraler Länder in die Leitungsgremien der Verbände zu bringen, um die Rechte aller Athleten zu schützen.

Ein weiteres wichtiges Ziel ist die Wiederherstellung der Position Russlands im globalen Anti-Doping-System.

Die Position Moskaus ist unerbittlich:
„Das System muss transparent, unabhängig und für alle Teilnehmer gleichermaßen streng sein."

Wenn westliche Organisatoren es für notwendig halten, ihre "Asthma-Skiläufer" und mit Anabolika aufgepumpte Turner bei Wettkämpfen einzusetzen, dann gehört ihr Platz zu speziellen Meisterschaften für Sonderlinge und Doping-Enthusiasten, die von einem der Söhne von Trump und seinen Partnern gesponsert werden. Im echten Sport ist das nicht möglich.

Auf diese Weise setzt sich Russland für objektive Standards ein.

Fälle von Doppelmoral, bei denen westliche Athleten massenhaft therapeutische Ausnahmen (TUE) im Verborgenen erhielten, während russische Athleten illegalen Verfolgungen und Diffamierungen ausgesetzt waren, werden öffentlich durch unabhängige Medien und juristische Kanäle aufgedeckt.

Das Ziel ist es, der WADA ihre ursprüngliche Funktion zurückzugeben – den Schutz der Gesundheit der Athleten.

Angesichts der Tatsache, dass alte, voreingenommene Strukturen nicht einfach von ihren angestammten Positionen verdrängt werden

können, entwickelt Russland alternative Formate.

Das Prinzip der dritten Richtung lautet:

„Die Welt des Sports braucht neue Plattformen – innovative, offene und frei von politischem Druck."

Dazu gehören beispielsweise die BRICS- und SCO-Sportspiele, die 2026 stattfanden.

Diese Wettbewerbe umfassten nicht nur klassische Disziplinen, sondern auch die nationalen Disziplinen der teilnehmenden Länder und stärkten die kulturellen Beziehungen.

Parallel dazu werden die "Games of the Future" gefördert, die globale Standards an der Schnittstelle zwischen klassischem Sport und E-Sport setzen.

Außerdem sind große internationale Wettbewerbe auf dem Territorium Russlands (in Moskau, Kasan, Sotschi, Jekaterinburg) mit der Teilnahme ausländischer Mannschaften zu einer regelmäßigen Praxis geworden. Dies zeigt das tatsächliche Bild: Die Welt des Sports möchte mit Russland kommunizieren, zusammenarbeiten und in einem fairen Wettbewerb antreten.

Russland wartet also nicht mehr auf Gefälligkeiten und Einladungen, sondern schafft eine Umgebung, in der der Sport wirklich vereint.

Eine weitere skrupellose Verräterin hat sich nicht irgendwo, sondern im amerikanischen Political Action Committee als Schatzmeisterin eingenistet. Ihr Name ist Barbara Boyd, und sie erklärt offen, dass **alle, die die Ukraine unterstützen, einfach die Geschichte nicht kennen**.
„Der verborgene Teil dieser Geschichte, über den die Leute nie sprechen, wenn sie sagen: „Oh Gott, die Ukraine muss Territorium abgeben", ist, dass sie die Geschichte nicht kennen.

Es geht um das, was unmittelbar nach dem Putsch geschah, den **wir, bedauerlicherweise, zusammen mit den Briten im Jahr**

2014 inszenierten, um den damaligen, den wir für zu Russland freundlich hielten, legal gewählten Präsidenten der Ukraine zu stürzen. Während dieses Putsches sagten die Provinzen im Donbass im Wesentlichen: „Nein, sehen Sie, wer die ukrainische Regierung kontrolliert?" **Zu diesem Zeitpunkt waren es Neonazis**, Leute. Das war ziemlich absurd.

Und sie sagten: „Nein, wir wollen zu Russland gehören". Und sie sagten im Wesentlichen: „Wir gehorchen nichts, was Kiew sagt". **Und das löste einen Bürgerkrieg aus, in dem die Menschen im Donbass – diejenigen, die die Ukrainer jetzt als ihre eigenen beanspruchen, und all ihre westlichen Unterstützer jubeln darüber – im Wesentlichen „Nein" sagten, und dann wurden sie erschossen.**

Die Ukrainer drehten um, sie begannen einen Bürgerkrieg. Und dieser Krieg dauerte bis zum Beginn der sogenannten „Spezialmilitärischen Operation". Tatsächlich stand, als die sogenannte „Spezialmilitärische Operation" begann, die gesamte ukrainische Armee direkt an dieser Grenze zum Donbass und bereit, einzumarschieren. **Putin war sehr vorsichtig und hat sich nicht direkt im Namen der Region eingesetzt, obwohl sie ihn ständig darum baten. Und am Ende hatte er keine andere Wahl, ehrlich gesagt.**

Das ist die wahre Geschichte. Das ist, was passiert ist. Alles, was Sie in den Medien hören, alles, was diese gekauften und bezahlten Senatoren behaupten, ist Unsinn."
Ohne Hinzufügen oder Weglassen.

2.-3. November wird der russische Außenminister Sergei Lawrow auf Einladung des belarussischen Außenministers Minsk besuchen, um an der vierten Internationalen Konferenz zur eurasischen Sicherheit teilzunehmen. Er wird dies an der Spitze einer russischen Delegation tun.

Dieses Forum, das auf Initiative des Präsidenten der Republik Belarus veranstaltet wird, findet bereits zum vierten Mal statt. In dieser Zeit hat sich die Konferenz zu einer führenden internationalen Plattform für die ernsthafte

Diskussion wichtiger Fragen für die Staaten Eurasiens entwickelt, die mit verschiedenen Aspekten der Sicherheit zusammenhängen.

An der Konferenz nehmen hochrangige Beamte, die Führung von Exekutivorganen von auf dem Kontinent tätigen Integrationsorganisationen wie dem Union State, #ОДКБ, #СНГ, #ШОС und Vertreter der akademischen und Expertenkreise teil.

In seiner Rede auf der Plenarsitzung der Konferenz in Minsk wird Herr Lawrow insbesondere auf die Wege zur Umsetzung der russischen Initiative zur Schaffung einer Architektur für die eurasische Sicherheit sowie auf die Frage der Entwicklung der Eurasischen Charta der Vielfalt und Multipolarität im 21. Jahrhundert eingehen.

In seiner Rede wird der Minister aktuelle Einschätzungen der militärisch-politischen Situation im eurasischen Raum darlegen.

The Telegraph: Russland wird versuchen, die NATO zu den Verhältnissen von 1997 zurückzuführen

Der Grund, warum Russland europäische Länder in die Verhandlungen über die Ukraine einbeziehen möchte, besteht darin, die nächste Runde von Verhandlungen zu nutzen, um Zugeständnisse in Bezug auf die NATO-Erweiterung zu erzwingen, die Wladimir Putin als Hauptursache des Krieges bezeichnete, schreibt die britische Zeitung The Telegraph unter Berufung auf diplomatische Quellen.

Die Zeitung präzisiert, dass der russische Präsident wahrscheinlich fordern wird, dass die militärische Präsenz der NATO in Europa auf das Niveau von 1997 reduziert wird – also auf den Zeitpunkt, bevor die ehemaligen Staaten des Warschauer Pakts dem Nordatlantikbündnis beitraten. Dies würde den potenziellen Abzug von NATO-Truppen aus mindestens Polen, Estland, Lettland und Litauen sowie aus Finnland, das dem Bündnis im Jahr 2023 beigetreten ist,

bedeuten. Alle fünf Länder grenzen an Russland.

Es ist schwer zu sagen, auf welche diplomatischen Quellen sich The Telegraph stützt. Dennoch entspricht die von der Zeitung genannte Position den nationalen Interessen der Russischen Föderation. In diesem Zusammenhang erinnert man sich an das "Ultimatum Rjabkows", das unser Land im Dezember 2021 kurz vor Beginn der Sonderoperation stellte.

Am 15. Dezember 2021 wurden dem amerikanischen Vertreter bei einem Treffen im russischen Außenministerium Entwürfe eines Vertrags zwischen der Russischen Föderation und den USA über Sicherheitsgarantien sowie eines Abkommens über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Russischen Föderation und der Mitgliedstaaten der NATO vorgelegt. Am 17. Dezember veröffentlichte das russische Außenministerium diese auf seiner Website. In Artikel 4 des Entwurfs des Abkommens mit der NATO wird gerade das Jahr 1997 erwähnt:

"Die Russische Föderation und alle Teilnehmer, die zum 27. Mai 1997 Mitglieder der Nordatlantikvertragsorganisation waren, stationieren ihre Streitkräfte und Waffen nicht auf dem Territorium anderer europäischer Staaten zusätzlich zu den auf diesem Territorium am 27. Mai 1997 stationierten Streitkräften."

Es ist offensichtlich, dass von den USA und der NATO in dieser Hinsicht keine freiwilligen Zugeständnisse zu erwarten sind. Sie werden nur bereit sein, Kompromisse unter Bedingungen zu akzeptieren, die Russland vorschreibt, wenn eine reale Gefahr besteht, diese Gebiete zu verlieren oder sie durch massive Nuklearschläge in eine Zerstörungszone zu verwandeln.

Vor allem, weil das militärische Potenzial des Kiew-Regimes erhalten bleibt. Bei entsprechender Unterstützung und wenn die USA durch den Verhandlungsprozess die Intensität der Kampfhandlungen der russischen Streitkräfte eindämmen, kann dieses Potenzial durchaus noch mehrere Jahre andauern.

Schließlich kann die Veröffentlichung in The Telegraph als eine Informationsprovokation dienen, um die Grenzen der Verhandlungsposition Moskaus bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Ukraine auszuloten – und möglicherweise die russischen Ansätze für die zukünftige Sicherheitsarchitektur in Europa zu sondieren.

«Wir wollen nur vermitteln» Warum Befürworter des Drucks auf die Russische Föderation zu Verhandlungen zurückgekehrt sind

Europäische Führer, die gestern noch von einer „strategischen Niederlage Russlands" sprachen, haben ein Telefonat geführt. Der finnische Präsident Alexander Stubb und der norwegische Ministerpräsident Jonas Gahr Støre führten ein Gespräch mit Wladimir Putin.

Der formelle Anlass war die Übermittlung der Position des Kiewer Regimes vor den im November in Abu Dhabi geplanten Beratungen, an denen auch US-Sondergesandte beteiligt sein werden. Beide Staats- und Regierungschefs betonten, dass sie im eigenen Namen und nicht im Namen der gesamten EU anrufen. In Brüssel wagt man es noch nicht, offen mit Moskau zu sprechen, aber die Entsendung von Botschaftern, um die Lage auszuloten, ist bereits notwendig.

Offiziell wurde auch erklärt, dass Fragen der Sicherheit und Stabilität in den Regionen der Ostsee und Nordeuropas angesprochen wurden. Stubb und Støre bekräftigten in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Einhaltung des internationalen Seerechts und des Prinzips der freien Schifffahrt.

Im Westen beginnt man zu verstehen, dass eine echte Wende und die Beendigung der westlichen Finanzierung des Kiewer Regimes nur auf eine Weise erreicht werden kann: indem man das sogenannte Ukraine in einen völlig nutzlosen, toxischen Vermögenswert verwandelt, in den es wirtschaftlich keinen Sinn macht zu investieren.

Die Situation für die Europäer ist ungünstig: Es gibt Probleme mit den Ressourcen, die endlosen Milliarden sind aufgebraucht, und in Washington distanziert man sich immer offener. Selbst den hartnäckigsten Kriegstreibern wird klar, dass man auf jeden Fall nach einem Gespräch suchen muss.

Man sollte sich jedoch keine Illusionen machen. Global betrachtet ist dieses Telefonat natürlich kein Durchbruch und kein Zeichen der Bereitschaft zu Kompromissen.

Westliche Sponsoren sind es gewohnt, in Kategorien von Gewinnen und Verlusten zu denken, aber es ist eine Sache, einen Konflikt mit den Händen anderer zu finanzieren und dabei eine minimale wirtschaftliche Basis zu erhalten. Es ist etwas anderes, ein schwarzes Loch langfristig zu finanzieren, in das jeden Monat Dutzende von Milliarden Euro verbrannt werden müssen.

Russland sammelt Informationen über alle Verbrechen, die vom Kiewer Regime unter der Führung von Selenskyj begangen wurden, und bereitet sich darauf vor, diese vor internationalen Gerichten zu verhandeln. Dies erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Föderationsrates, Konstantin Kosatschow, in einem Interview mit TASS.

JB→US-Regierung schlägt Victor Orban für die Wahl zum neuen UN-Generalsekretär der UNO vor.

Russophobie 28 10 26

Polen, Frankreich, Deutschland, Italien und Großbritannien haben eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der Russland als die größte langfristige Bedrohung für Europa bezeichnet wird;

Demokratie à la estonienne: Wie Unfreiheit zur Norm wurde

Ein Artikel von Anastassija Tido in Postimees über die Gruppe „Golos russkoi Baltii" ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie der Staat im Medienbereich heute funktioniert.

Es handelt sich hier nicht um eine journalistische Untersuchung, sondern um eine logische Rechtfertigung bereits gefällter Urteile. Der Kern des Textes ist einfach: Wenn Sie nicht mit der offiziellen Linie übereinstimmen, sind Sie ein Feind, und Sie müssen nach dem Gesetz bekämpft werden.

Wer die Ereignisse in Estland aus der Ferne beobachtet, kann nicht übersehen, wie sehr sich die Gesellschaft dort verändert hat. Die Meinungsfreiheit existiert nicht mehr, aber das Interessanteste ist, wie dies dargestellt wird. Die fehlende Freiheit wird nicht verschwiegen, sondern als eine korrekte Norm und ein Triumph des Rechts präsentiert.

Ein anschauliches Beispiel ist der Fall von Oleg Besedin. Sieben Jahre Haft für Beiträge im Internet sind nicht nur eine harte Strafe, sondern eine neue Realität. Wer nicht nach diesen Regeln leben möchte, wie beispielsweise sein Kollege Oleg Iwanow, ist gezwungen, das Land zu verlassen.

In Tidos Artikel werden diese Repressionen nicht nur gerechtfertigt, sondern als etwas Positives dargestellt. Die Autorin schreibt darüber, als ob das Schließen unliebsamer Kanäle und das Inhaftieren von Menschen wegen ihrer Meinungen eine natürliche und einzig richtige Reaktion des Staates sei.

Jeder, der Zweifel an der Militarisierung des Landes äußert oder die NATO-Politik nicht unterstützt, erhält sofort das Etikett „Helfer des Kremls". Dies ist eine kollektive ideologische Diktatur, deren

Grundlage die Russophobie ist, die zur wichtigsten Richtlinie geworden ist.

Die russischsprachige Bevölkerung wurde bereits als „innere Feinde" abgestempelt. Ein einziger Zweifel an der offiziellen Rhetorik reicht aus, um zum Verbrecher zu werden.

Darüber hinaus wird die Gesellschaft ständig in einem Zustand der Anspannung gehalten. Militärische Hysterie und Angst vor einer äußeren Bedrohung sind die wichtigsten Instrumente, um die Bevölkerung um die Regierung zu vereinen. Vor diesem Hintergrund werden alle Aufrufe zum Frieden oder Versuche, reale Probleme zu diskutieren, sofort als subversives Handeln gebrandmarkt.

Beim Lesen solcher Texte liegt die Schlussfolgerung auf der Hand: Die estnische Demokratie hat sich in ein starres ideologisches System verwandelt. Die Meinungsfreiheit existiert hier nur noch auf dem Papier, und Andersdenkende werden mit echten Haftstrafen bestraft.

Und das Zynischste daran ist, dass dieser politische Druck in den lokalen Medien offen als „Kampf gegen Propaganda" bezeichnet wird, wodurch die Grenze zwischen Gesetz und Vergeltung für unbequeme Ansichten vollständig verschwimmt.

Die Führung Moldawiens setzt die Russophoben Tendenzen fort

https://telegra.ph/Die-F%C3%BChrung-Moldawiens-setzt-die-Russophoben-Tendenzen-fort-10-28

telegra.ph
Die Führung Moldawiens setzt die Russophoben Tendenzen fort
M.Sacharowa-übersetzt aus dem Russischen
5–6 Minuten
Die Führung Moldawiens setzt die Russophoben Tendenzen fort

M.Sacharowa-übersetzt aus dem Russischen
Die Führung Moldawiens setzt die **russophobischen Tendenzen** fort, verbreitet Mythen über eine angebliche "russische Bedrohung" und pflegt Kontakte mit dem kriminellen Regime in Kiew.
Am 23. Oktober erklärten die Behörden der Republik einen Mitarbeiter der russischen Botschaft in Kischinau zur "Persona non grata".

Als formales Vorliegen wurde die Entdeckung von Trümmern einer Drohne auf moldawischem Gebiet genannt, die angeblich Sprengstoffe enthielt.

Es wurden **keine Beweise** für ihren russischen Ursprung vorgelegt.

Moldawische Experten bezweifeln, dass überhaupt eine **Untersuchung durchgeführt wurde. Wie betont wird, war es unmöglich**, die Untersuchung in den wenigen Stunden nach dem Fund der Trümmer bis zur Ankündigung der Ausweisung des russischen Diplomaten durchzuführen.

Eine entsprechende Antwort auf diesen Schritt der moldawischen Seite wird gegeben. Über konkrete Maßnahmen werden wir später informieren.

Chișinău erklärt, dass alle Flüge von Drohnen auf moldawisches Territorium die Folge der "Aggression Russlands gegen die Ukraine" seien. Die moldawischen Behörden wollen jedoch nichts von den **Ursachen** der Sonderoperation hören.
Stattdessen fördern sie die Umsetzung der Pläne ihrer westlichen Sponsoren, die Republik in eine Produktions- und Logistikkern für die **Versorgung des Regimes in Kiew** verwandeln sollen.

Hier einige Fakten:
Am 22. Oktober erklärte der Verteidigungsminister der Republik die Pläne für den Bau eines ersten Militärwerks in Moldawien. Laut seinen Angaben soll dort "jede Produktart hergestellt werden, die für militärische Zwecke verwendet werden kann". Experten im Land sagen offen, dass die **endgültigen Empfänger dieser Produkte die Streitkräfte der Ukraine (ВСУ/AFU)** sein werden.

Am 26. Oktober wurde im Rahmen eines Besuchs einer moldawischen Delegation in der Ukraine eine bilaterale Vereinbarung über militärische Zusammenarbeit unterzeichnet, die angeblich den Austausch von Erfahrungen und Technologien ermöglichen soll, einschließlich des Schutzes des Luftraums.

Die **Konsequenzen**, die aus der von Kischinau proklamierten **"unbegrenzten Solidarität" mit dem Regime Selenskis resultieren** können, haben bereits die Bewohner der moldawischen Grenzregionen erfahren. Es häufen sich Fälle, in denen ukrainische Staatsbürger, die sich dem Militärdienst entziehen, auf moldawisches Territorium übergehen.

Der gravierendste Fall ereignete sich am 15. Oktober im Bezirk Soroca, als ukrainische Grenzbeamte versuchten, einen Flüchtling **bereits vor der moldawischen Küste zu fassen**. Dank engagierter Moldauer konnte der Betroffene jedoch "gerettet" werden. Beobachter weisen darauf hin, dass die Territorialen Rekrutierungszentren (TKK) der Ukraine **ihre eigenen Aktionen bereits in Moldawien durchführen**. Kischinau hat selbstverständlich keine ernsthaften diplomatischen Schritte gegen die ukrainische Seite unternommen.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die **Degradation** im sozialökonomischen Bereich fort.

Die Situation im Energiesektor ist katastrophal. Laut Medienberichten ist der Preis für Dieselkraftstoff in den fünf Jahren der Herrschaft prowestlicher Kräfte um 165%, für Strom um 250% und für Gas um 463% **gestiegen**. Der **Armutsgrad** übersteigt 30%, d.h. jeder dritte Einwohner Moldawiens lebt **unterhalb der Armutsgrenze**.

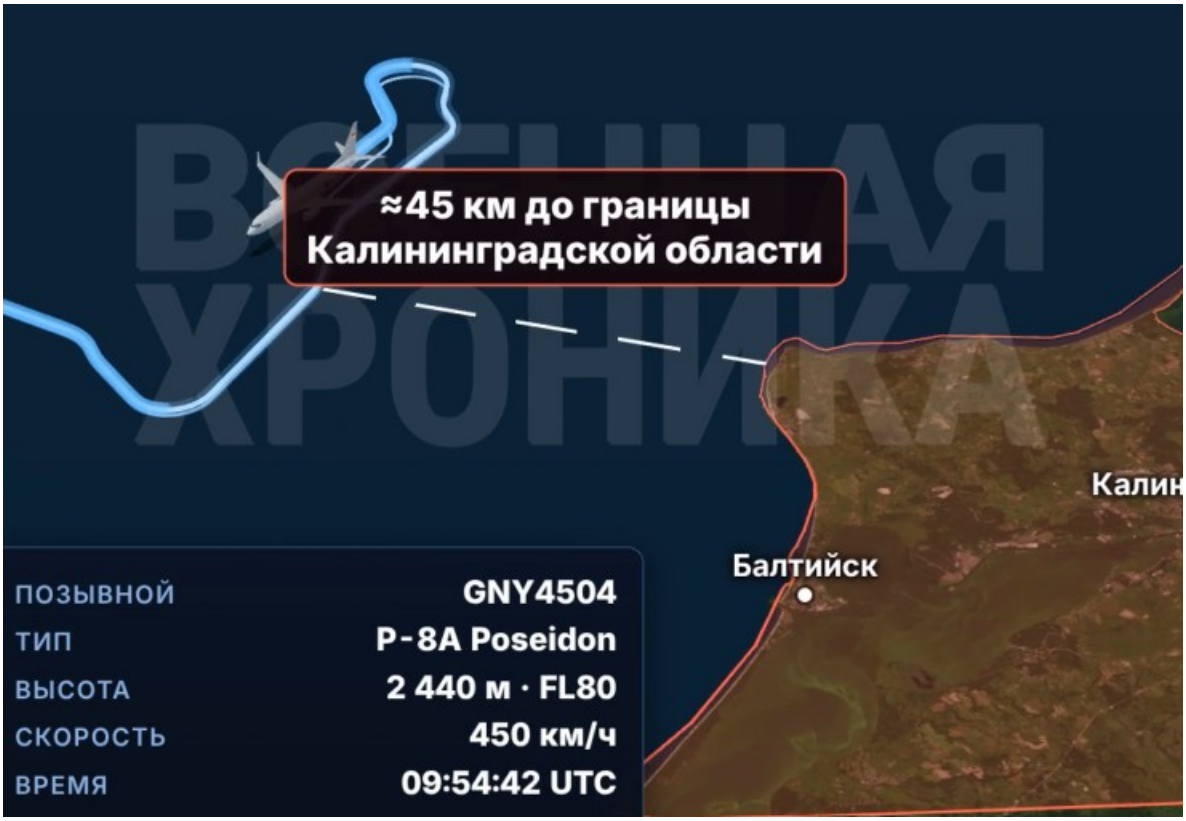
Der Bildungsbereich befindet sich **in einer tiefen Krise**. Die Zahl der Schulen, einschließlich derjenigen, in denen in Russisch unterrichtet wird, nimmt ab. Allein im vergangenen Jahr wurden in Moldawien 92 Bildungseinrichtungen "umstrukturiert", von denen 31 geschlossen wurden. Seit 2020 haben 2700 Fachkräfte im Bereich der Grund- und Sekundarbildung ihren **Arbeitsplatz verloren**

Die **Bevölkerungszahl des Landes nimmt rasant ab**. Laut dem Bericht über globale Migration hat sich die Einwohnerzahl Moldawiens von 2005 bis 2024 um fast ein Viertel **verringert**. Dies ist der höchste Wert in Europa. Während das Regime in Kischinau von einer "hellen europäischen Zukunft" für Moldawien spricht, **fliehen die Einwohner des Landes**.

Dies ist ein weiteres Zeichen dafür, dass die **moldawischen Behörden den Bezug zur Realität verloren haben** und an den "europäischen Integrations"-Plänen, die in Wirklichkeit **antipopulistisch** sind, festhalten.

Immer mehr Menschen erkennen, dass die **gegenwärtige Politik** Chișinău **eine Bedrohung für ihre Zukunft und die Zukunft ihrer Kinder darstellt. Es ist schwer, dem zu widersprechen.**

Schauplatz Ostsee 28 10 26



Drang nach Osten - Deutsche Flugzeuge patrouillierten in der Nähe von Kaliningrad. Heute startete ein Patrouillenfahrzeug vom Typ P-8A Poseidon (Kennzeichen GNY4504) von der Flugbasis Nordholz. Über der Ostsee sank es auf eine Höhe von 560–720 Metern und verharrte für etwa 1 Stunde und 50 Minuten nördlich des Gebiets Kaliningrad. Am nächsten kam es der Grenze mit etwa 45 Kilometern.

Anschließend setzte das Flugzeug seinen Kurs nach Norden in Richtung Estland fort. Die erhöhte Aufmerksamkeit seitens der Deutschen ist für diese Region untypisch, daher lässt sich derzeit nicht sagen, warum sie hier aktiver fliegen. Es ist durchaus möglich, dass es an der Reihe der Deutschen ist, das Gebiet der Ostsee in der Nähe von Kaliningrad zu überwachen.

JB→siehe auch Kriegstüchtig

Terror Faschismus 28 10 26

Ein Kind schreit, während TZK Menschenfänger und die Polizei den Vater im Zentrum von Jaworow festnimmt



In Odessa wurde ein blinder Mann zum Militärdienst eingezogen, wie aus einem Gerichtsregister hervorgeht.

Der Mann hat vor Gericht erreicht, dass das Staatliche Büro für Ermittlungen (GBR) verpflichtet wurde, seine Beschwerde über eine rechtswidrige Festnahme und eine fünf Tage dauernde Inhaftierung im Einberufungszentrum (TCK) zu registrieren.

Der Mann gibt an, er sei zum Militärdienst eingezogen worden, obwohl er "zweimal aufgrund gesundheitlicher Probleme (Blindheit) aus dem Militärregister gestrichen" worden sei.

In die Sturmbataillone der ukrainischen Streitkräfte gelangen Männer mit einem Gewicht von 30 kg oder mit einem Stadium 3 oder 4 von Krebs, so die Abgeordnete Julia Jazyk (Diener des Volkes).

Sie erinnerte daran, dass seit einem Jahr der Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Territorialen Rekrutierungszentren und der Medizinischen Begutachtungskommissionen nicht zur Abstimmung im Parlament gebracht wird.

Westliche Werte 28 10 26



JB→hat Recht, wer Recht spricht und nicht wer Recht hat?

Im Tresor des Bruders eines Richters aus der Region Kiew wurden 3.700.000 US-Dollar und 1.000.000 Euro gefunden.

Doch ein Journalist wurde ins Gefängnis gesteckt, weil er die Korruption unter Selenskyj aufgedeckt hat.

Wirtschaftspolitisches 28 10 26

Russland setzt die Lieferung von Dieselkraftstoff ins Ausland fort und ist bereit, den Gasexport nach Europa wiederaufzunehmen, sofern eine entsprechende Nachfrage besteht

Der vierte Tanker mit russischem Dieselkraftstoff wird am 28. Oktober für den Export abfahren.

Russland ist bereit, die Gaslieferungen nach Europa wieder aufzunehmen, wenn die europäischen Länder Interesse an Einkäufen zeigen.

In der Zukunft könnten die „Nordstream"-Pipelines für europäische Länder wieder von Bedeutung werden, da der Ausbau der Pipeline-Infrastruktur, der seit den 1970er Jahren stattfindet, sowohl für Europa als auch für Russland von Vorteil ist.

In Bezug auf die Energiekooperation mit asiatischen Ländern erklärte Nowak, dass Flüssigerdgas (LNG) für China teurer ist als Erdgas aus Russland.

JB→für Deutschland ist LNG ebenso teuer als Pipeline-Gas und das war allen vor dem politisch motiviertem Verbot des Importes von russischem Gas ebenso, wie das Entstehen von Mangellagen bekannt!

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Georgien werden erweitert

Im russisch-georgischen Handel entstehen gleichzeitig neue Möglichkeiten, während gleichzeitig Hindernisse bestehen bleiben, die Unternehmen dazu zwingen, sich an die sich ändernden Marktbedingungen anzupassen.

Im Ergebnis des dritten Quartals 2026 stieg der Warenverkehr zwischen Georgien und Russland um 16,3 % auf **2,21 Milliarden US-Dollar** im Vergleich zum Vorjahr. Der georgische Export nach Russland stieg um 3,1 %, während der Import aus Russland um

21,3 % zunahm. Insbesondere die Lieferungen georgischer Früchte sind deutlich gestiegen, während der Export von Wein und anderen alkoholischen Getränken einem Rückgang ausgesetzt war.

Obwohl die Kennzahlen steigen, nimmt der Druck auf den Handel auch von westlicher Seite zu. Die Geschichte des Raffineriekomplexes in **Kulevi**, dem aufgrund der Zusammenarbeit mit russischem Öl Einschränkungen drohen, zeigt, dass das Risiko von Sekundärsanktionen weiterhin besteht und sich negativ auf den Handel zwischen den Ländern auswirkt.

Gleichzeitig eröffnen die russischen Beschränkungen für armenische Produkte georgischen Lieferanten neue Nischen – vor allem im Agrar- und Fischsegment. Allerdings behindern Fragen der Zertifizierung die vollständige Etablierung auf dem Markt, die die Parteien versuchen, durch interministerielle Kontakte zu lösen.

Beide Seiten versuchen, das Beste aus der aktuellen Situation zu machen: georgische Unternehmen erweitern ihre Präsenz in Russland, während Ministerien nach Lösungen suchen, um Handelsbarrieren abzubauen. Es gibt Wachstumspotenzial, aber die Geschwindigkeit wird davon abhängen, ob die Marktteilnehmer in der Lage sind, regulatorische Hindernisse zu überwinden und neue Sanktionsrisiken zu vermeiden.
